

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abschließung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Freitag, 23. April 1926.

Nr. 96.

Agrarische Argumente.

Der Zollkampf hat auf der ganzen Linie begonnen. Nachdem in der ersten Sitzung des Senats unter dem neuen Regime der tschechische Agrarier Donat seinen Auftrag auf Schaffung eines autonomen Zolltarifs begründet hat, zog gestern auch der deutsche Landwirt Dufsch vom Leder und setzte sich mit wenig Geschick zwar, aber mit um so größerer Hitze, für die festen Zölle ein, für die seine Partei stimmen werde. Es handelte sich — fügte er hinzu — dabei nicht um eine politische, sondern um eine wirtschaftliche Frage, was je nach der Auffassung, die einer von der Politik hat, ebenso richtig wie grundfalsch ist. Die Forderung der Agrarier nach größerem Profit wird aber diesmal nicht nur einfach erhoben, sie wird auch begründet, und da lohnt es sich schon, die Argumente der Großagrarien einmal Revue passieren zu lassen.

Da hat Herr Donat zuerst einmal ein sehr einfaches Argument: Deutschland, Ungarn, Italien, Amerika und eine ganze Reihe anderer Länder haben Zölle, warum soll also die Tschechoslowakei keine Zölle haben?! Ein sehr einleuchtender Beweis, der nur den einen Mangel hat, daß sich eben auch in wirtschaftspolitischen Fragen eines nicht für alles schickt. Zum Teil sind die Einkommensverhältnisse jener Länder gänzlich anders beschaffen, als die der Tschechoslowakei, zum Teil tritt der Zoll in diesen Ländern als reiner Schutz auf, da der Bedarf aus der eigenen Wirtschaft gedeckt wird. Die Tschechoslowakei führt, wie Herr Donat selbst angeführt hat, jährlich Lebensmittel im Werte von fünf Milliarden Kronen ein. In dieser Summe dürften wohl eine Reihe Genussmittel und Kolonialprodukte inbegriffen sein, immerhin aber kann man sich eine Vorstellung machen, mit welchem Betrage auch ein Zoll von wenigen Prozenten die Volkswirtschaft belasten müßte. Der Lebensstandard der breiten Massen, der unter den heutigen Verhältnissen kaum mehr gedrückt werden kann, müßte sich auf einen Grad senken, der einer Hungersnot wie ein Ei dem anderen gleiche. Nun behaupten aber die Agrarier, daß die Existenz der Landwirtschaft gefährdet sei und jedes andere Argument gegen dieses eine leicht wiege. Sie vergessen dabei, daß nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Stände der Bevölkerung weitaus geringere Einnahmen aufweisen, als vor dem Kriege. Der Finanzminister hat vor kurzem erklärt, die Einkommen seien durchgängig nur auf das Fünftel bis Sechstel, die Preise aber auf das Dreifache der Vorkriegeshöhe gestiegen. Bedenkt man nun, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte immerhin siebenmal so hoch sind, als vor dem Kriege (bei einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, wie Milch und Eiern, ist auch das zu niedrig gegriffen), so will es uns scheinen, daß die „Schere“ zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen und der Industrieprodukte immer noch beträchtlich kleiner ist, als zwischen den Einkommen der Lohnarbeitenden Schichten und den Industrieprodukten. Diese „Schere“, den Abstand zwischen Preisen und Einkommen, zu vermindern, ist sicher eine Aufgabe der Volkswirtschaft und ihrer leitenden Faktoren. Die Schere aber für den größten Teil der Bevölkerung noch zu vergrößern, damit ein kleinerer Teil entlastet werde, ist ein Vorhaben, das notwendig auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Teile der Bevölkerung stoßen muß. Und es sind tatsächlich nicht einmal alle Landwirte, die von einer Hebung der Getreidepreise Vorteile zu erhoffen haben.

Der Zoll bedeutet eine ausgesprochene Begünstigung der Großagrarien, deren Profit allerdings beträchtlich gesteigert würde, wenn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sich denen der Industrieprodukte angleichen. Anders ist es bei den Kleinbauern. Der deutsche Agrarier Dufsch geriet gestern in helle Wut, als er eine Polemik mit anderen Genossen versuchte und dabei immer wieder hören mußte, daß er die Interessen der Großagrarien vertrete. Ebensovienig, wie die bürgerliche Gesellschaft die Lachhache der Klassen-

Noch kein Bruch mit der Vergangenheit?

Genosse Niehner zur politischen Lage. — Der Bureautratismus als gefährliche Macht. — Gegen die Fiktion des Nationalstaates. — Faschismus bedeutet Bürgerkrieg.

Prag, 22. April Im Rahmen der großen politischen Debatte im Senat kam als erster Redner Genosse Niehner zu Wort, der in formvollendeter, mehr als einstündiger Rede sich mit der schweren Krise des bisherigen Regierungssystems befahte. Waren bisher alle Warnungen und Mahnungen zur Umkehr an dem starren Panzer der Koalition abgeprallt, so steht heute die Situation wesentlich anders: die Koalition ist zerfallen und wenn auch Kräfte genug am Werke sind, um sie wieder zu kleistern, so kann jetzt doch ein gutes Wort zu guter Stunde eher Anklang finden als bisher. Darum wies Genosse Niehner mit vollem Recht von neuem darauf hin, daß unsere Partei erst kürzlich wieder die Frage der Anbahnung einer Verständigung durch den Antrag Czech auf Einsetzung eines Nationalitätenausschusses aufgeworfen hat. Die morgige Debatte, in der noch führende Koalitionspolitiker zu Worte kommen, wird erst zeigen, ob diese neuerliche Anregung diesmal ein günstigeres Feld vorgefunden hat.

In seiner Rede, die ungeteilte Aufmerksamkeit im ganzen Hause fand, zeigte Genosse Niehner zunächst an Hand krasser Beispiele behördlicher Willkür aus den letzten Wochen, daß die Bureautratie bereits zu einer äußerst gefährlichen und ernst zu nehmenden Macht herangewachsen sei, und beschäftigte sich dann mit den Hauptursachen der heutigen Krise, welche namentlich darin beruhen, daß die Fiktion des Nationalstaates bis heute mit allen Mitteln aufrecht erhalten wird. Alle Anstrengungen, die Errungenschaften der Demokratie nur für das Staatsvolk zu sichern und die andern Völker dieses Staates hiervon auszuschließen, sind gescheitert und so kam es zu der heutigen Situation, der die bisherigen Machthaber ratlos gegenüberstehen.

Mit der größten Schärfe sprach sich Genosse Niehner sodann gegen die faschistischen Experimente aus, die hier und da versucht werden, und ließ keinen Zweifel daran, daß der Faschismus bei uns den Bürgerkrieg bedeuten müßte, in dem sich die Arbeiterschaft aller Nationen ihrer Haut zu erwehren wissen würde.

Genosse Niehner führte u. a. aus:

Es ist einer der ersten Grundsätze der Strafrechtspflege, der auch in allen Rechtsstaaten beobachtet wird, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werde. Die Vorlage verletzt diesen Grundsatz. Es wird die Verlängerung der Dauer der Gültigkeit des Gesetzes betreffend die Aufhebung der Geschworenengerichte für gewisse Delikte in Karpathoruthland beantragt. Das bedeutet ein Unrecht an der karpathoruthischen Bevölkerung, es bedeutet auch, daß die Bevölkerung dort außerhalb der Geltung der normalen Gesetze gestellt ist. Karpathoruthland ist durch den Friedensvertrag von St. Germain und auch durch die Verfassung die Autonomie gewährleistet. Bis hier steht das nur auf dem Papier. Von dem zugesicherten Landtag ist auch jetzt, nach nahezu 8 Jahren Bestandes des tschechoslowakischen Staates, noch nichts zu sehen und was die Autonomie betrifft, so besteht sie nur darin, daß

die karpathoruthische Bevölkerung nicht einmal jenes Recht genießt, auf die die Staatsbürger der übrigen Teile der Republik Anspruch haben.

Die Ausschaltung der Geschworenengerichte soll aus zwei Gründen notwendig sein; es sei kein geeignetes Gerichtsgebäude in Karpathoruthland vorhanden, auch befände sich die karpathoruthische

Bevölkerung in einem zurückgebliebenen Kulturzustand, so daß keine geeigneten Geschworenen aufzutreiben sind. Das sind bei den Haaren herbeigezogene Gründe. Unter ungarischer Herrschaft waren in Karpathoruthland schon seit 1897 Geschworenengerichte eingeführt. Was unter ungarischer Feudalherrschaft möglich war, müßte wohl auch heute möglich sein. So darf man ein Gebiet, dem man Autonomie zugesichert hat, dem feierlich eine ganz außerordentliche Ausnahmebestimmung versprochen wurde, am allerwenigsten behandeln, das heißt, wie eine Kolonie.

Aber man darf sich nicht wundern, daß wir in diesem entlegenen Lande noch immer bei solchen Ausnahmezuständen halten, denn wenn man die Verhältnisse auch westlich von Karpathoruthland

betrachtet, dann muß man sagen, daß das ganze Regime, die Art und Weise, wie hier Gesetze gemacht und vor allem Gesetze gehandhabt werden, sich vollständig in den selben Rahmen einfügt. Ich will nicht auf weitere zurückliegende Fälle greifen, es genügt, einiges davon anzuführen, was sich in den letzten Monaten an

Uebergriffen behördlicher Organe zugetragen hat und wie die politische Bewegung und Meinungsfreiheit der Staatsbürger geachtet

wurde. Es muß abgewartet werden, ob die gegenwärtige Beamtenschaft die Praxis der letzten Monate fortzusetzen gedenkt. Die Verhältnisse waren schon geradezu unerträglich. Unsere Partei hat in den letzten Monaten mehrere Versammlungaktionen unternommen. Einen Frauentag, wie dies alljährlich geschah, und Protestkundgebungen gegen das Sprachengesetz, die Steuerpläne und die beschaffigten Agrarzölle.

Eine ganze Reihe dieser Versammlungen aus Anlaß des Frauentages wie der übrigen Protestversammlungen, wurden unter den wichtigsten, nichtisagenden Gründen verboten. Im Karlsbader Kreis ist es einer Anzahl von Versammlungen verboten worden, die Herren Bezirkshauptleute und sonstigen behördlichen Organe haben sich gar nicht den Kopf angestrengt, einen Grund zu suchen.

Im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Bergreichenstein wurden uns sieben Versammlungen verboten, weil, wie es in der Begründung heißt, „durch deren Abhaltung das öffentliche Wohl gefährdet werden könnte und weil der Zweck dieser Versammlungen den Strafgesetzen zuwiderläuft.“ Es läuft also dem Strafgesetz zuwider, wenn man über das Steuerhystem, über die Agrarzölle und über das Sprachengesetz spricht! Der Bezirkshauptmann von Klattau hat die Abhaltung einer Versammlung verboten, weil „das öffentliche Wohl dabei gefährdet werden könnte“. Wir sind der gegenteiligen Auffassung. Wir haben die Versammlungen veranstaltet, um eine Gefährdung dieses öffentlichen Wohles zu verhindern und um das öffentliche Wohl zu fördern. Aber der Herr Bezirkshauptmann meint, daß das öffentliche Wohl am besten gefördert wird, wenn man über die Steuerpläne überhaupt nicht spricht, über das Sprachengesetz kein Wort verliert und über die sonstigen Verhältnisse im Staate hier sich jeder Meinung enthält. Eine Versammlung in Bilin hat die politische Expositur in Bilin mit dem Hinweis verboten, daß „zur freien Meinungsäußerung bezüglich der Sprachenverordnung bereits genügend Gelegenheit geboten wurde.“ (Lebhaftes Heiterkeit.) Die politische Expositur, also

irgendein Polizeibeamter, bestimmt die Dosis dessen, was die Bevölkerung über eine Verordnung von so tief einschneidender Wirkung wie die Sprachenverordnung reden darf und wann es genug zu sein hat. Das ganze nennt

Spaltung überhaupt anerkennen möchte, wollen die Agrarkapitalisten im besonderen zugeben, daß zwischen Landwirt und Landwirt ein Unterschied besteht. Und doch könnte die dumme Bauernfängerei, die nach der Seltargrenze zur Definierung des Begriffs Klein- oder Großagrarien fragt, am besten in der Zollfrage kapieren, wo diese Grenze liegt. Dort, wo das Konsumenteninteresse des Bauern sein Produzenteninteresse zu übersteigen beginnt, hört er auf, Großbauer zu sein. Diese Scheidung trifft mindestens in der Zollfrage zu, wo sich zeigen muß, daß der Kleinbauer stärker daran interessiert ist, Mehl und Futtermittel billig einzukaufen, als Getreide — das er meist gar nicht für den Markt produziert — teuer verkaufen zu können. Die Agrarier wissen nun in Wirklichkeit sehr gut, daß die Zollverordnung dem einseitigen Interesse der profitgierigen Agrarkapitalisten entspringt und eben darum geraten sie in größte Erregung, wenn die Sozialdemokraten sich der Kleinbauern annehmen und das demagogische Spiel der Bauernführer aufdecken. Doppelt gefährlich ist die agrarische Politik für Gegenden, die überhaupt keinen wirklichen Großbesitz kennen, wie es überhaupt bei der Frage, ob wir es mit Groß- oder Kleinbauern zu tun haben, sehr darauf ankommt, in welcher Gegend ein Bauer seinen Besitz hat. Ein Bauerngut im fruchtbaren Flachland kann mit wenigen Hektar mehr Ertrag liefern, als der größte Besitz in einer rauhen Gebirgslandschaft. Gerade die

deutschen Gebiete der Republik sind zum großen Teil gebirgig, und im Erzgebirge, im Böhmerwald und in den schlesischen Subeten gibt es meilenweit keinen Wohlstand, ganze Dörfer und Städte leiden buchstäblich Hunger, und die Verteuerung der Lebensmittel würde dort für die Gesamtbevölkerung, für Bauern, Arbeiter und Gewerbetreibende, die Verewigung einer Hungersnot bedeuten, die seit 1914 in diesen Notstandsgebieten wütet.

Was immer die Agrarier zur Rechtfertigung ihrer Zollforderung anführen mögen, hält einer sachlichen Kritik nicht stand. Nicht nur das arbeitende Volk aller Berufe, bis weit in die Reihen der Landwirte hinein, muß sich gegen die Zölle wehren, auch die Volkswirtschaft als Ganzes könnte durch eine Steigerung der Lebensmittelpreise und die damit verbundene Verewigung der heute schon notleidenden Massen nur geschädigt werden. Vor allem aber kommt ein Moment hinzu, das die Zölle in der Tschechoslowakei geradezu unmöglich macht und den Vorstoß der internationalen Agrarkapitalisten zu einem Verbrechen an dem weitaus größten Teil der Bevölkerung stemmt. Die Agrarier verlangen diese Zölle in einem Augenblick, da der Staat die Steuerhrahube aufs höchste anspannen, die Verbrauchssteuern neuerlich erhöhen und dem arbeitenden Menschen das Letzte nehmen will, was sich von dem schmalen Verdienst des Arbeiters noch zugunsten des Fiskus streichen läßt. Das Zusammenreffen der neuen

Steuerforderungen mit den Angriffen der Agrarier kommt einer Generaloffensive gegen die Arbeiterklasse gleich und bedeutet das wirtschaftliche Gegenstück zu der politischen Forderung des Bürgertums nach dem Faschismus.

Das letzte Argument der Bauernbündler ist stets, daß die Sozialdemokraten systematisch den Ruin der Landwirtschaft betreiben und einseitige Industrieförderung zum Leitsatz ihrer Politik machen. Auch das ist eine demagogische Verdrehung der Tatsachen. Die Sozialdemokratie hat nie die Industriezölle verfochten und könnte über Änderungen des Industriezollsystems wohl diskutieren. Immer waren es die beiden Gruppen der Bourgeoisie, die im eblen Wettstreit Industrie- und Agrarzölle gegenseitig hinauszuliterten. Die Sozialdemokratie hat ein Agrarprogramm, das mehr als einen Ausweg aus den schweren Krisen unserer Wirtschaft zeigt. Sie kann den Weg zu einer wirklichen Sanierung weisen, die weder den Industriellen noch den landwirtschaftlichen Arbeitern Schaden bringt. Und wenn schon die Agrarier nicht einsehen, daß sich die ständige Gefährdung der Landwirtschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht gänzlich beseitigen läßt, so müßten sie wenigstens das eine erkennen, daß ihre Rezepte im Augenblick unanwendbar sind, und daß eine Sicherung der Landwirtschaft nur im Einklang mit der arbeitenden Bevölkerung erreichbar ist.

man politische Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Einen weiteren Fall. Unsere Partei in Falkenau hat eine Märzfeier veranstaltet. Dahinter hat die Behörde eine große Gefahr gewittert, nämlich die Gefahr, daß hierbei nicht nur über die Märzgefallenen von 1848, sondern möglicherweise auch über die Märzgefallenen des Jahres 1919 gesprochen werden könnte.

Die Gerichte

zu sprechen. Hier nur ein Fall. Mein Parteigenosse Wenzel Jalsch war der Uebersetzung des Schutzgesetzes angeklagt, weil er in einer Versammlung das schwere Verbrechen beging, von der „Militärwirtschaft mit Steuergeldern“ von der „Verwendung von Geldern für den Militarismus“ zu sprechen und gewisse Vorfälle in Marienbad und Reichenberg, die sich bei der Post ereignet haben, als „Postskandal“ zu bezeichnen.

Es wäre auch sehr viel über die Gerichte zu sprechen. Hier nur ein Fall. Mein Parteigenosse Wenzel Jalsch war der Uebersetzung des Schutzgesetzes angeklagt, weil er in einer Versammlung das schwere Verbrechen beging, von der „Militärwirtschaft mit Steuergeldern“ von der „Verwendung von Geldern für den Militarismus“ zu sprechen und gewisse Vorfälle in Marienbad und Reichenberg, die sich bei der Post ereignet haben, als „Postskandal“ zu bezeichnen.

Die Verhandlungen im englischen Bergbau gescheitert

Die Kohlenbarone unnachgiebig. — Die staatlichen Unterstühtungen mit 1. Mai eingeklinkt.

London, 22. April. (Reuter.) Die Konferenz der Vertreter der Grubeneigentümer mit den Vertretern der Bergarbeiter endete erfolglos. Die Vertreter der Bergarbeiter verließen die Sitzung, ohne etwas Weiteres verabredet zu haben.

Die Vertreter der Bergarbeiter halten heute nachmittags eine Beratung über die Lage ab und werden darüber dem Industrieminister des Gewerkschaftskongresses Mitteilung machen. Zu dem bereits angekündigten Einschreiten der Regierung dürfte es sofort kommen.

Der Sekretär der Bergarbeiterföderation Cool erklärte über das Scheitern der Verhandlungen, daß die Vertreter der Gewerkschaften heute ebenso unnachgiebig waren, wie in der letzten Konferenz, und daß sie darauf beharrten, die Löhne sollten auf der wirtschaftlichen Kapazität der einzelnen Kohlenströme angepaßt sein.

Bei der gestrigen Konferenz mit den Vertretern der Gewerkschaften machte Premierminister Baldwin darauf aufmerksam, daß die staatliche Subvention am 1. Mai ein Ende nehme.

Die Verhandlungen mit Abd el Krim

Die Risdelegierten gehen keinesfalls auf alles ein.

Paris, 22. April. Ueber die gestrige Zusammenkunft der französischen, spanischen und Risdelegation in El Arun Sidi Meluk veröffentlicht der Führer der französischen Delegation General Simon ein amtliches Kommuniqué, in dem er betont, daß die Risdelegierten auf die ihnen bei der letzten Begegnung vorgelegten Fragen ihre Antwort erteilt haben.

Das amtliche Kommuniqué deutet somit an, Einwohnerschaft dadurch verletzt werden könnte, auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik (§ 26) aufgetragen.

Blüte eines Bürokratenhirnes erregt Heiterkeit, aber sie zeigt, was für einer Bürokratie wir ausgeliefert sind und von welchem Geiste diese Bürokratie erfüllt ist.

Durch die Herabsetzung des Einflusses des Parlamentes ist die Bürokratie allmächtig geworden und sie glaubt sich heute schon alles erlauben zu können.

Von diesem Staate kann man sagen: „Wie hast du dich verändert!“ Als ein Staat der Demokratie wurde er gegründet, an seiner Wiege stand die Demokratie, aber sie hat sich nicht lange ihres gesunden Lebens erfreut.

Demokratie nur für ein einziges Volk, für das tschechische, sichern sollte, während die anderen Völker von der Teilnahme am Genusse dieser Demokratie bleiben sollten.

daß die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, aber keineswegs abgebrochen wurden.

Blättermeldungen zufolge sollen die Risdelegierten abgelehnt haben:

- 1. Die sofortige Auslieferung der Gefangenen. 2. Um 6 bis 7 Kilometer zurückzugehen und so den französischen und spanischen Truppen Platz zu machen. 3. Auch die Ausweisung Abd el Krim betrachten die Risdelegierten, besonders für den gegenwärtigen Augenblick, als unmöglich und wenden ein, daß im Rif völlige Anarchie entstehen würde.

Die französische und die spanische Delegation ersuchten ihre Regierungen telegraphisch um weitere Instruktionen. Der Führer der Risdelegation Affer Chan sandte einen Kurier zu Abd el Krim.

Volles.) Diese Erkenntnis hat sich später gezeigt. Es hat sich gezeigt, daß es unmöglich ist, in einem Staate, wie es der tschechoslowakische ist, nicht alle Bürger nach gleichem Maße messen zu wollen, daß es unmöglich ist, eine Demokratie einzuführen, die sich bloß auf ein einziges Volk erstreckt und es haben sich später die Wirkungen dieses Systemes auch im tschechischen Volke schmerzhaft fühlbar gemacht.

dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß es nur ein Scheinleben ist, das das Parlament überhaupt führt. Das ist ein künstlicher Versuch, über die tiefe Krise, in der sich nicht das Parlament, sondern der Staat, befindet, hinwegzutäuschen,

ein Versuch, der nicht gelangen kann, ohne die Beseitigung der Ursachen, welche diese schwere Krise herbeigeführt haben. Was aber haben die „Staatserhaltenden“ bisher getan, um diese Krise zu verhindern und um einen Ausweg aus ihr zu suchen? Die Betätigung ihrer staatsbehaltenden Bestimmung hat immer nur darin bestanden, der Idee des Nationalstaates nachzugehen.

Das ist eine Fiktion, und die Verhältnisse sind heute soweit verfahren, daß alle Menschen im Staate erkennen müßten, daß es eine verhängnisvolle Fiktion ist. Wem hat denn diese Art der staatsbehaltenden Betätigung Nutzen gebracht? Dem Staate? Nein! Wo der Staat hingekommen ist, sehen wir. Ein-elen Personen und gewissen Parteien hat das bisherige Regierungssystem wohl eine Fülle von Macht, persönliche und Parteivorteile gewährt, aber der Staat und

die Gesamtbevölkerung sind dabei über weggenommen. Und darum, meine Herren von der rechten Seite des Hauses, lassen Sie sich sagen: Es ist ein Unglück, daß die meisten der tschechischen politischen Parteien noch immer vom Geiste der Kriegszeit und der Nachkriegszeit befangen sind und von dem Geiste jener Zeit, wo das tschechische Volk noch um seine Befreiung kämpfen mußte. Sie haben sich nicht geändert, obwohl sich doch große Veränderungen vollzogen haben!

Keine der tschechischen Parteien findet den Mut, freiwillig aufzutreten und dem tschechischen Volke zu sagen, wie dieser Staat wirklich beschaffen ist und wie und nach welchen Grundfäden er regiert werden müßte. Diese Scheu vor der Wahrheit, dieses Schwimmen mit dem Strom, dieses sich Biegen und Keilen vor dem Nationalismus, diese Furcht vor dem chauvinistischen Druck, all das hat den Zustand, hat die Wirnisse, die Verworfenheit hervorgerufen, in denen wir uns befinden.

Jetzt sind die Verhältnisse soweit gediehen, daß man auf dem Scheidewege angelangt ist. Nun wird man sich für die eine oder die andere Richtung entscheiden müssen:

entweder Verschärfung der Gewaltmethoden oder den Weg zur Demokratie zurück.

Fragen Sie sich selbst im stillen Kämmerlein, ob die erstere Methode irgendeine Lösung herbeiführen kann. Sie kann nur neue Verheerungen anrichten. Eine Zeitlang würde es gehen, aber der Gegenang, der in der Bevölkerung kauft, die Tatsache, daß nahezu und vielleicht sogar mehr als die Hälfte der Bewohner des Staates zum Staate in Opposition steht, wird durch Gewaltmethoden nicht aus der Welt geschafft, sie bleibt bestehen. Es müssen andere Mittel gefunden werden, um sie zu beseitigen.

Der Zerfall der Koalition, der die Einsetzung der Boamtenregierung notwendig gemacht hat — Sie sind der Meinung, daß diese Regierung nur ein vorübergehender Beheiß ist — bedeutet mehr, als man sich heute auf Seite der tschechischen Parteien eingestellt hat. Es wird sich zeigen, daß die Fortführung dieser alten Koalition, daß die Errichtung der alten Grundlagen der Koalition auf die Dauer unmöglich ist.

Es wird gegenwärtig von einer Krise des Parlamentes gesprochen. Es bestehen tatsächlich die größten Schwierigkeiten, die nicht nur in der Tatsache der Einsetzung der Boamtenregierung ihren Ausdruck finden. Dennoch ist es falsch, von einer Krise des Parlamentes zu sprechen.

Der Zerfall der Koalition, der die Einsetzung der Boamtenregierung notwendig gemacht hat — Sie sind der Meinung, daß diese Regierung nur ein vorübergehender Beheiß ist — bedeutet mehr, als man sich heute auf Seite der tschechischen Parteien eingestellt hat. Es wird sich zeigen, daß die Fortführung dieser alten Koalition, daß die Errichtung der alten Grundlagen der Koalition auf die Dauer unmöglich ist.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

Von Jiri Haußmann.

Aber Herr Morisson, der Detektiv und wertige Gast, erwiderte auf alle Fragen hartnäckig nur mit dem einen Worte „Benzin! Benzin!“, so daß die versammelte Menge endlich begriff, was er eigentlich brauche. In wenigen Sekunden waren drei Fässer des gewünschten Nasses herbeigeschafft. Morisson füllte eilig seinen Behälter, erhob sich in die Luft und unter den Klängen der Marschmusik flog er in wahnsinnigem Tempo gegen Osten davon.

Der Entschluß war riskant, aber der Zufall war ihm hold und aus einer gut getroffenen Bombe wälzte sich ein Rauchwirbel hervor, der

den Brand im Nu löschte und bewirkte, daß der Aeroplan, zwar zu weiterer Fahrt unbrauchbar, aber doch in scheinbar unberührtem Zustande landete.

Das erste, was der berühmte Detektiv nach seiner wunderbaren Rettung aus dem Nassen des sicheren Todes tat, war, daß er sich kaltblütig eine besonders feine Zigarette anzündete. Dann sah er sich in der Umgebung um und erkannte zu seiner nicht geringen Freude, daß er sich in der Nähe eines geräumigen Flugzeughangars befand.

Morisson wollte ihm die Situation auseinandersetzen, aber in diesem Moment fiel der Blick des Leutnants auf die rot-weißen Streifen von Boxens Schachtel und sein Benehmen änderte sich mit einem Schlage.

„Brüderchen Tschechoslowake! Teurer, slavischer Bruder!“ rief er voll Begeisterung, „komm' an meine Brust. Lichter Falke, und verzeh' die bährische Grobheit meiner Sprache! Jedor Nikiforowitsch,“ wandte er sich zu dem in der Nähe stehenden Diener, „erweise unserem slawischen Bruder die Ehrenbezeugung! Wisse, wertiger Gast, daß unser neues, großes, demokratisches, slawisches, zarisches Russland nimmals vergessen wird, was euer unergleichlicher Dr. Kramak einst für uns getan hat! Inzwischen erlaube, daß wir zum Zeichen der Bruderschaft unsere Flugzeuge tauschen, wie einst unsere Vorfahren ihre Schwerter!“

Obwohl Morisson von der Rede des Leutnants nicht viel verstanden hatte, begriff er doch gewissermaßen instinktiv den Sinn seiner letzten

Worte, bestieg mit der der angelsächsischen Rasse eigenen Entschlossenheit den Doppeldecker und flog davon.

„Sonderbar hat sich der slawische Bruder benommen,“ murmelte Jedor Nikiforowitsch, als der Detektiv dem Gesichtskreise entschwinden war, „wir haben einander weder nach rechtgläubiger Sitte geküßt noch hat er eine Tasse Tee mit uns getrunken. Seltsames Volk diese Tschechoslowaken!“

Der Leutnant schwieg verstimmt. „Und wer weiß, Ew. Exzellenz, ob das überhaupt ein Tschechoslowake gewesen ist? Gar vielerlei Volk treibt sich jetzt im heiligen Reich umher, Franzosen, Deutsche, Türken...“

Jwan Jwanowitsch schwieg noch immer verstimmt, aber dann brüllte er wütend: Selbstverständlich, du Viech, war das kein Tschechoslowake! Warum hast du mir das nicht gleich gemeldet, du Hundesohn? Ich laß dich sechs Stunden anbinden, verstanden?“

„Ja, ich... hab' ja gar nicht in böser Absicht, nur nach meinem häuslichen Verstande...“ „So? Aufbegehren willst du auch noch, du Rindvieh? Auf Soldatenausflüsse und Arbeiterläger hat er's abgesehen gehabt, das Täubchen! Zwölf Stunden laße ich dich anbinden, verstanden?“

„Zu Befehl, Ew. Exzellenz!“ Der unglückliche Jedor Nikiforowitsch bückte noch seine Strafe ab, als „Grand Jax“ nach langer, toller Fahrt endlich in Nordville ankam, sehnsüchtig erwartet von Malador Chrysoptas.

„Was Jorisson?“ war seine erste Frage, als er festen Boden unter sich fühlte. „Bis jetzt noch nicht eingetroffen!“ erwiderte befriedigt der Autoführer. Auch der Detektiv atmete erleichtert auf und bog sich, ohne Zeit zu verlieren in die Wop-

mung des so rätselhaft verschwundenen. Dort untersuchte er vor allem das Saugwerk des Professors und verwahrte es sorgfältig in der Brusttasche, schnitt ein Stück der übrig gebliebenen ungarischen Salami ab, hob es gleichfalls auf und ließ dann das Wundertier Bog frei, unter dessen Führung er eifrig die Spur des vermissten Gelehrten zu verfolgen begann.

Der berühmte Jorisson, allgemein „The admirable Mad“ genannt, sah eben in seinem eleganten New-Yorker Arbeitszimmer (schürfte mit Behagen... usw. bis... Triumph, den er durch die genial durchgeführte Entdeckung und Verhaftung des bekannten Blaubartes und zwösfachen Mörders Glandru erworben hatte.

„Stommet sofort — Honorar unbegrenzt — Argpropas — Subville — Utopien.“ „Admirable Mad“ jögerte... usw. bis... ein neues Telegramm:

„Verleien sie keine Sekunde, Jax Morisson selbst konkurriert mit Ihnen!“ Wie elektrisiert sprang der berühmte Detektiv auf und ergriff eilig seinen Reiskoffer und das Taschen-Polizeihündchen Bog. Leider war es wegen Zeitmangels nicht möglich, die Fahrt zum Bahnhof zu riskieren, denn die Entfernung war zu groß und bis zur Abfahrt des Kalifornischen Schnellzuges war nur eine Viertelmeile übrig — was tun? Der berühmte Rächer allen Unrechts jögerte nicht lange; er lenkte eilig seine Schritte zu einer nahen Eisenbahnbrücke, kletterte über das Geländer, gerate in dem Augenblick, als „sein“ Zug darunter wegfuhr, und mit einem elastischen Sprunge nahm er auf dem Dache eines Luxusausflugszuges Platz. Nach einigen Stunden stieg er ausgeruht und in rosigster Stimmung in San Franzisko, aus.

(Fortsetzung folgt.)

prochen werden. Eine Krise, eine schwere Krise mocht das System durch, nach welchem der Staat regiert wurde.

Das Parlament kann nicht leben, weil man es nicht leben läßt.

Man gibt dem Parlament und der parlamentarischen Regierung überhaupt nur eine einzige Lebensmöglichkeit, nach der Parole: "Frisch Vogel oder stirb". Entweder allnationale Koalition oder überhaupt keine Regierung! Eine andere Auswahl kennt man nicht. Andere Kombinationsmöglichkeiten, andere politische Konstellationen, all das existiert nicht. Leider wurde auf diesen Zustand seit sieben Jahren hingearbeitet. Alle Kräfte, welche ein neues Gebilde an Stelle des alten gesetzt hätten, das sich bereits überlebt hat, wurden sieben Jahre hindurch systematisch zertreten.

Die tschechischen Parteien behaupten, ein anderes System als das allnationale gebe es nicht und könne es nicht geben, weil alle übrigen Nationen und Parteien Staatsfeinde sind, weil insbesondere die Deutschen aus

lauter Irredentisten

bestehen. Sie erheben ihre Behauptungen und auch ihre Denunziationen auch im Auslande, gewissermaßen zur Rechtfertigung dafür, daß bis heute noch alle übrigen Nationen hier im Staate von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen sind. Damit legt man dem Staate keine Ehre ein, wenn man ständig schreit, die Millionen nichttschechischer Staatsbürger seien lauter Irredentisten, weil für das Entstehen eines Irredentismus doch auch starke Ursachen vorhanden sein müssen. Diejenigen, die so handeln, stellen sich ja selber ein Armutzeugnis aus, da sie damit eingestehen, es sei ihnen in den acht Jahren des Bestandes des tschechoslowakischen Staates nicht gelungen, die nichttschechischen Staatsbürger für den Staat zu gewinnen. Aber diese Behauptung ist auch gar nicht richtig. Es ist eine Entwicklung vor sich gegangen, eine Gliederung zwischen Aktivist und Negativist hat sich vollzogen, aber hat das etwas gefruchtet. Die Machthaber im Staate haben Freude daran gehabt, wenn im anderen Lager die Wellen recht hoch gegangen sind, aber einen Unterschied in der Opposition haben sie nicht gemacht.

Nach wie vor wurde alles als irredentistisch, als staatsfeindlich verschrien,

nach wie vor wurde alles in einen Topf geworfen. Es existiert noch ein anderes Alibi. Die einen, die Regierenden, werden als die weißen Lampe, die anderen, die beherrschten Nationen, als die schwarzen, räudigen Schafe geschildert, als die Quersalben, die absolut nicht wollen, unzugänglich sind. Ich habe erst dieser Tage einen Vortrag gelesen, den der tschechoslowakische Gesandte Herr Dr. Krofta in Berlin gehalten hat. Er hat ebenfalls nach diesem Alibi gesprochen. Die Tschechoslowakei ist nach ihm ein Hort der Freiheit und Gerechtigkeit (lebhaftes Heiterkeit), es sei nur ein Nebelstand vorhanden: die nichttschechischen Nationen wollen nicht mitmachen, nicht die Verantwortung für den Staat übernehmen. Hören Sie doch endlich auf mit dieser Verfälschung der Tatsachen und der Gegenwartsgeschichte! Wen wollen Sie täuschen, was bezwecken Sie damit? Die einzige Wirkung, die Sie erzielen, ist, daß Sie die Herstellung einer besseren Stimmung im tschechischen Volke verhindern. Wenn dem tschechischen Volke fortwährend eingeredet wird, es sei rings von Feinden umgeben und der Feind im Lande lauere begierig darauf, die Selbstständigkeit des tschechischen Volkes zu rauben, so bewirkt dies nur, daß das tschechische Volk in der erhitzten Stimmung, im künstlichen Fieber erhalten bleibt. Weder dem tschechischen Volke, noch dem Staate und der Gesamtbevölkerung wird damit gedient. Gelegentlich hört man, die "Mentalität" des tschechischen Volkes sei noch nicht so weit.

Run, dann schaffen Sie diese Mentalität!

Legen Sie sich einmal Rechenschaft darüber ab, was Sie schon getan haben, um eine andere Mentalität zu schaffen. Bis jetzt hat der Großteil der tschechischen Parteien nur dazu beigetragen, die Atmosphäre zu vergiften. Ich will die Deutschen nicht freisprechen, ich weiß, daß auch dort genug gelündigt wird, aber, meine Herren, Sie tragen die Verantwortung für den Staat in erster Linie und gerade Sie mühten deshalb den ersten Schritt, die Annäherung besserer Verhältnisse herbeizuführen. Der Staat, so sagt man, werde insbesondere von den Deutschen nicht geliebt, sondern gehaßt. Wenn über eine geringe Liebesgeneigung bei den nichttschechischen Nationen gelaugt wird, so mögen sich die Herrschenden an die Brust schlagen und sich fragen, was Sie denn bisher getan haben, um dieser Liebe würdig zu werden. Wenn man jemanden immerzu schlägt, zurücksetzt und mißhandelt, ihm das Gefühl seiner Minderwertigkeit zum Bewußtsein bringt, dann darf man nicht verlangen, daß heftige Liebesgefühle ausgelöst werden. (Zwischenruf: Das wäre eine perverne Liebe!) Das wäre allerdings abnormal. Gefühle lassen sich nicht erzwingen.

Wenn man eine andere Einstellung der nichttschechischen Nationen zum Staate will — und Sie mühten sie wollen, wenn Sie wirklich staatsverhaltende Parteien wären —, dann muß man auch etwas dazu tun.

Wenn man hier in der Politik steht, könnte man manchmal verzweifeln, wenn man sieht, wie die Dinge hier so verfahren sind, daß nahezu jeder Ausweg verschlossen ist. Auch jetzt sieht man bei den Politikern des tschechischen Volkes keinerlei Willen, an eine Kursänderung zu denken. Alles, was wahrnehmbar ist, sind

Wiederbesetzungsversuche an der alten verstorbenen Koalition.

Zeit jeher hat sich auf solche Galvanisierungsversuche dieses immer mehr dahinsiechenden politischen Gebildes die Staatskunst hier im Staate beschränkt und auch jetzt sehen wir nichts anderes. Die Koalition wieder zu erwecken, wird eine Lösung nicht bringen. Selbst wenn es gelänge, die Koalition wieder zusammenzubringen, wird es ein sehr zartes Pflänzlein werden. Sie wird auf noch schlechteren Weinen stehen, als sie schon bisher gestanden ist. Manche denken an Neuwahlen. Es sollte wohl an einem Versuche genug sein, den man mit

Neuwahlen

gemacht hat. Die Bevölkerung hat erst vor einigen Monaten ganz klar und unzweideutig entschieden und ihre Meinung dahin bekanntgegeben, daß sie mit den bisherigen Regierungsmethoden nicht einverstanden ist. Wollen Sie das zweimal bestätigt haben? Es gibt Herren und Parteien, die weitergehen wollen, welche auch an Neuwahlen denken, aber an Neuwahlen erst nach einer vorhergehenden

Änderung des Wahlrechtes

Die Bevölkerung soll durch ein verschlechtertes Wahlrecht bestraft werden, weil sie nicht so wählt, wie die Machthaber dieses Staates es gerne sehen möchten. Die Kreise, die solche Pläne hegen, könnten sich dabei aber sehr verrechnen. Eine Wahlreform ist immer ein Sprung ins Dunkle. Ob es die Rettung der Koalition wäre, ist mehr als fraglich.

Es gibt auch Kreise, die sich mit dem

Fascismus,

der eine Art Modetrunkheit geworden ist, beschäftigen und mit diesem Gedanken spielen. Es ist keine Idee zu toll, als daß sie nicht Anhänger finden würde. Es gibt daher auch bei uns schon eine Art fascistische Organisation. Ich habe mir diese Leute angeschaut. Nun, man begreift es, wenn man sie sieht, daß gerade diese Leute dieser Idee anhängen. Wir sehen die Erscheinung, daß Kreise der Bourgeoisie in allen Ländern und bei allen Nationen für den Fascismus Sympathie empfinden. Das hat darin seine Ursache, daß das Selbstbewußtsein, die Herrschaftsgier der Bourgeoisie gestiegen ist. Wäiter gewisser Richtungen beschließen sich, die angeblichen großen Erungenschaften und Verdienste des Fascismus in Italien hervorzuheben. Es wird gerühmt, der Fascismus habe in Italien Ordnung geschaffen und er habe es unter anderem bewirkt, daß die Eisenbahnen regelmäßig verkehren. Im allgemeinen wird die Forderung auch bei uns pünktlich, und zwar ohne Fascismus, eingehalten. Man lobt den Fascismus, man lobt ihn gedankenlos, frivol und leichtfertig. Es ist nicht das Ende der Tage der Herrschaft in Italien gekommen, niemand weiß, welches Ende dieses Regime finden wird, das eine aber weiß man, daß der Fascismus ebensowenig wie jedes andere politische System in der Welt in stande war, die Schwierigkeiten, unter denen das Land Italien in der Nachkriegszeit leidet, die Schwierigkeiten finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Natur zu beseitigen. Eine Fülle von Problemen harret trotz des Fascismus in Italien genau so der Lösung, wie bei uns und anderswo. Der Fascismus hat auch dort keine Wunder verrichtet, er hat nicht das geringste zur Lösung aller dieser wichtigen großen Probleme getan. Es ist kein Wunder, mit 600.000 bemanneten Menschen Millionen nichtbewaffneter Menschen zu beherrschen. Dazu ist, wie die Erfahrung lehrt, nicht einmal Verstand notwendig. Aber immerhin, Mussolini hat außerordentlichen Erfolg.

Sein Vorgehen läßt viele Herzen höher schlagen, wenn sie sehen, wie Mussolini gegen die Deutschen in Süditalien vorgeht. Und es gibt auch manche, deren Herzen lebhafter schlagen, wenn sie sehen, wie er mit sozialistischen Organisationen und Bekennern der sozialistischen Idee verfährt. Das möchte man so gerne nachmachen. Die einheimischen Schwarzhemden haben auch schon die ersten Vorbeeren geerntet: in Prag und in Ostrau. Es fällt mir nicht ein, die jungen Leute, um die es sich handelt anzuklagen. Wenn man so 19 bis 20 Jahre alt und noch nicht einmal Wähler ist, so verleiht dies einem das Gefühl der Wichtigkeit, wenn man als Fascist sogar Aussicht hat, Staatsumstürzer zu werden. Sogar die Aussicht besteht, ein größerer oder kleinerer Mussolini zu werden, denn der tschechische Mussolini wird noch gesucht. Wenn jemand angeklagt werden muß, daß er die Untreue dieser jungen Leute mißbraucht, so sind es die noch im dunklen Hintergrunde stehenden Drahtzieher des Fascismus. So nebenbei wird damit auch eine

Keine Hege gegen den Präsidenten

verbunden. Mit einem Armeelstrich neben dem Präsidenten, gegen den eine staatsverhaltende Partei schon seit Jahren hegt, auch noch andere Kleinigkeiten, Verfassung, Wahlrecht, politische Rechte, Pressefreiheit und manches andere zu beseitigen, das würde manchen Herren gut passen. Die Bewegung, auch wenn sie heute klein ist, ist gefährlich wegen der Verheerungen, die sie im Staate anrichtet vermag, indem sie dazu beitragen muß, eine Verschärfung der Gegensätze, der nationalen und der sozialen Gegensätze zu fördern. Die Bewegung ist die größte Gefahr für den Staat selbst. Ein Teil der tschechischen Bourgeoisie, der hinter dieser Bewegung steht, hat von Fascismus gelernt, aber auch die Arbeiterschaft hat gelernt. Die Arbeiterschaft weiß, daß der Fascismus zuerst im nationalen Gewand auftritt, daß er aber in zweiter, doch nicht in letzter Linie dazu bestimmt ist, die Arbeiterbewegung zu erwürgen. Man kann versichert

sein, daß wir uns unserer Haut wehren werden. Da verstehen wir keinen Spatz. Auch die tschechische Arbeiterschaft wird wissen, was sie zu tun hat. Die Errichtung des Fascismus, das ist der Bürgerkrieg. Wenn sie den Bürgerkrieg haben wollen, arbeiten sie auf den Fascismus hin. Mit diesen Mitteln gibt es kein Vorwärtskommen. Nur einen Weg gibt es: eine Verständigung anzubahnen! Meine Partei hat im Abgeordnetenhause den ersten Schritt durch Einbringung ihres Ausgleichsantrages gewiesen. Sie hat für diesen Antrag vorläufig keine sehr geneigte Stimmung gefunden. Man möchte ihn wohl gerne im Papier verschwinden lassen. Wir aber werden immer für seinen Inhalt tätig

sein, wir werden nicht aufhören, auf diesen Weg, als den einzig möglichen, hinzuweisen.

Ich gehöre einer Partei an, die in keinem bürgerlichen Klassenstaat ein Ideal erblickt, mag er nun eine republikanische oder monarchistische Staatsverfassung haben. Dennoch sind gerade wir es, wir, deren großes Ziel außerhalb des heutigen bürgerlichen Klassenstaates liegt, die in erster Linie kämpfen, daß gesunde Zustände hier platzgreifen. Wir setzen unsere Kraft deshalb für die Demokratie, für eine gesunde Entwicklung, für die nationale Verständigung ein, weil wir den Weg der normalen Entwicklung nicht unterbrochen sehen wollen, weil wir wollen, daß der Boden für die große soziale Auseinandersetzung frei werde. (Beifall.)

Erste Schwierigkeiten der Reichsregierung.

Die Sozialdemokraten bringen das Abfindungs-Kompromiß zu Fall. Beratungen beim Reichsfinanzminister. — Vor einer Umbildung der Regierung?

Berlin, 22. April. (Eigenbericht.) Die Krisenstimmung in den Regierungskreisen hat sich heute noch verstärkt. Zunächst hat es starke Beunruhigung erregt, daß der Reichsfinanzminister leh, die Regierung werde durch einen besonderen Gesandten zu verhindern suchen, daß die Frage der fünfzigprozentigen Aufwertung durch einen Volksentscheid zur Klarstellung gelange, da diese Frage unter das Staatsrecht falle und durch die Verfassung der Entscheidung durch Volksentscheid entzogen sei. Wenn man auch verschiedener Meinung darüber sein kann, ob die Aufwertungsfrage aufs neue aufgerollt werden müsse, wie es die Aufwertungsorganisationen verlangen, so wird doch die Sozialdemokratie aufs schärfste dem Versuch widersetzen, das Recht des Volksentscheides durch ein Ausnahmsgesetz zu beschneiden.

Größere Schwierigkeiten sind für die Regierung aber in der Frage der Fürstenabfindung entstanden. Bei der heutigen Beratung des Paragraphen 2 des Kompromisses der Regierungsparteien, der von der Zuständigkeit des Sondergerichtes handelt, beantragten die Sozialdemokraten, daß das Gesetz rückwirkende Kraft auch auf die schon früher zum Abschluß gebrachten Verfahren haben solle. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, stimmten die So-

zialdemokraten gegen den Paragraphen 2, der somit gefallen war. Die Beratung des Rechtsausschusses wurde daraufhin abgebrochen, da unter den durch diese Abstimmung hervorgerufenen Verhältnissen irgent ein positives Verhältnis nicht erzielt werden konnte.

Nunmehr berief der Reichsfinanzminister Dr. Lütke die Vertreter der Regierungsparteien zu sich, um in Gemeinschaft mit dem preussischen Ministerpräsidenten und dem Finanzminister die Lage zu besprechen. Bisher hatte das Kabinett es vermieden, in der Frage der Fürstenabfindung eindeutig Stellung zu nehmen, und es den Regierungsparteien überlassen, sich eine Mehrheit für das Kompromiß zu verschaffen. Diese Passivität dürfte nunmehr ihr Ende erreicht haben.

Die Reichsregierung wird sich jetzt entscheiden müssen, ob sie die Frage der Fürstenabfindung nach den Wünschen der Reichsparteien oder nach den Forderungen der Sozialdemokratie, hinter denen die zwölfeinhalb Millionen Unterzeichner des Volksbegehres stehen, regeln wird. Es hat auch den Anschein, als ob der Reichsfinanzminister bei dieser Gelegenheit die Frage der Umbildung der Regierung aufrollen will, um sich eine feste Mehrheit zu schaffen.

Politische Aussprache im Senat.

Einheitliche Front der Agrarier und Merkanten.

Prag, 22. April. Die heutige Senatsdebatte brachte den Beginn einer großen politischen Aussprache, in die morgen noch führende Vertreter ehemaliger Koalitionsparteien eingreifen werden. In der Zollfrage beginnt sich schon die künftige Konstellation deutlich zu zeigen. Die tschechischen Merkanten haben den agrarischen Zollantrag direkt unterstrichen und auch ihre deutschen Kollegen sprachen sich durch Hilgenreiner ziemlich unverbümt für den Zollschutz aus.

Die deutschen Agrarier sind natürlich Feuer und Flamme für Hochschutzzölle, da hier wieder eine Gelegenheit zum Geldschneiden winkt, wie sie seit den fettesten Kriegsjahren nicht mehr vorlam. Gerade die persönlichen Anrempelungen gegen Genossen Dr. Heller, die sich der Landbändler Lutsch leistete, zeigen deutlich, daß die gestrigen Ausführungen Dr. Hellers die Landbändler an der empfindlichsten Stelle getroffen haben. Die Kleinbauern, die von den Zöllen nur hart betroffen werden, mit schönen Versammlungsphrasen auf ihre Seite zu bekommen und als Vorspann für die Zölle zu benützen, ist das höchste Ziel agrarischer Demagogie. Daß den Herren Landbändlern dieser Trick nicht gelingt, dafür soll eine rührige Aufklärungsarbeit unserer Partei schon sorgen. Die Kleinbauern wissen viel zu gut, wer ihre wahren Interessen vertritt, als daß sie sich der gemeinsamen Kampffront mit dem Industrieproletariat durch die Verdrehungskünste der Landbändler erfinden lassen.

Die Zollwächter liegen sich bereits in den Armen. Die Abwehrfront aller von neuem Glend Bedrohten muß nun kommen und sie wird stark genug sein, um die agrarische Begehrlichkeit in ihre Schranken zu weisen.

Der Sitzung liegt bereits im Druck der agrarische Antrag auf Einführung fester Getreidezölle vor; bei oppositionellen Anträgen pflegt man sich mit der Drucklegung nicht immer so zu beeilen.

Nach Genehmigung des Handelsvertrages mit Albanien in zweiter Lesung wird beschloffen, die Vorlagen über die Einschränkung der Geschworenengerichte in Karpathoruthland, über die Einkommensgrenze bei Kriegsbeschädigten und über den Dauererwerb in abgekürzten Verfahren nach Paragraph 55 der Geschäftsordnung zu verhandeln.

Bei der Verhandlung der Regierungs-Vorlage, welche die Einschränkung der Geschworenengerichte in Karpathoruthland auf ein weiteres Jahr festlegen soll, entspann sich eine große Aussprache über die inner- und teilweise auch ausenpolitischen Probleme der jüngsten Zeit, zu der nicht weniger als 14 Redner sich vormerken ließen. Die Debatte wird erst in der morgigen Sitzung beendet werden.

Als erster Redner nahm

Genosse Riechner

das Wort, der nach einem scharfen Protest gegen die beachtliche Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Karpathoruthischen Bevölkerung

sich den innerpolitischen Problemen zuwandte, die dringender denn je einer Lösung bedürfen. Wir bringen die Ausführungen Riechners, der zunächst an Einzelfällen das Ueberhandnehmen des reaktionärsten Bürokratismus in der Staatsverwaltung und Justizpflege aufzeigte, so dann die tieferen Gründe dieser betrüblichen Erscheinung aufzeigte und die schwere Krise besprach, welche augenblicklich nicht der Parlamentarismus bei uns, wohl aber jenes unheilvolle System durchlebt, welches bisher im Staat regierte, ausführlich an anderer Stelle. Die unzweideutige Feststellung, daß der jetzt abendlich großgejubelte Fascismus den Bürgerkrieg bedeuten müßte, wird sicher auf gewisse erhörte Gemüter eine Abkühlung bewirken. Der Nationaldemokrat Dyl versuchte wohl die fascistischen Gelben von Ostrau, die der tschechische Sozialdemokrat Dr. Witt in einem Zwischenruf als Lausbuben bezeichnet hatte, in Schutz zu nehmen, stieß aber auf den Panzer der tschechischen Sozialdemokraten und bei unseren Genossen auf scharfen Widerstand.

In krassem Kontrast zu den sachlichen Ausführungen Riechners stand die folgende Rede des Landbändlers Lutsch. Die gestrigen Feststellungen des Genossen Dr. Heller, daß die Interessen der Kleinlandwirte gerade auch in der Zollfrage denen der Großagrarier zuwiderlaufen, müssen den Landbändlern, die sich ausschließlich als Vertreter der großagrarischen Interessen fühlen, dies aber aus begrifflichen Gründen nicht zugeben wollen, arg wider den Strich gegangen sein. Wenigstens posterte Lutsch sofort im größten Ton persönlich gegen Dr. Heller los. Wenn der Bund der Landwirte für den autonomen Zolltarif stimmen werde, so seien dafür nicht politische, sondern nur wirtschaftliche Gründe (Zwischenruf: Ihr Profit!) maßgebend. Dr. Heller suche die kleinen und großen Landwirte gegeneinander zu heben (Dr. Heller: Wenn Sie ansagen persönlich zu werden, so werden Sie was erleben!), aber er, Lutsch, wogte es auch nicht, große und kleine Advokaten zusammenzubehnen.

Genosse Dr. Heller ruft ihm entrüstet zu: Ich warne Sie, in diesem Ton fortzufahren; das ist eine Unanständigkeit!

Lutsch: Sie können mir das zehnmal sagen...

Dr. Heller: .. an Ihnen prallt es ja doch ab!

Auch die Genossen Riechner und Rejz wehren in treffenden Zwischenrufen die nachfolgenden Ausfälle Lutschs gegen die Zollpolitik unserer Partei ab und machen ihm den Unterschied zwischen einem Kleinlandwirt und einem Großbauern, den Herr Lutsch absolut nicht einsehen will, klar.

Lutsch: (Zu unseren Parteigenossen.) Die Landwirte verlangen bloß Parität mit der Industrie; heben sie die Industriezölle auf!

Dr. Heller: Uns sagen Sie das? Sagen Sie das den tschechischen Agrariern, die haben die Macht; wir nicht!

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

Prag: 30 Landwirtschaftsamt und Pressenachrichten, 12 Zeitungsamt, 16.30 Nachmittagskonzert, 18 Deutsche Sendung, Genosse J. Reismann, Moderne soziale Dichtung, 20 Künstlerische Akademie, 22 Zeitungsamt und Nachrichten. — **Brünn:** 14.30 Nachrichten, 18 Zeitungsamt, 18 Landwirtschaftsamt, 19 Uebertragung aus dem Nationaltheater „Lohengrin“ von R. Wagner. — **London:** 20.25 Mendelssohns Klavierkompositionen. — **Paris:** 13.30, 17.45, 21.30 Konzerte. — **Berlin:** 17 Die Violin-Sonate, 19 Der Arzt der Zukunft. — **Stuttgart:** 20 Kammermusikabend. — **Leipzig:** 16 Nachmittagskonzert, 18.45 Gedächtnisrede für Dr. Zahnenhof, den Schöpfer der Esperanto-Sprache. — **Breslau:** 16.30 Joseph Haydn-Nachmittag. — **München:** 20.30 „Der Ruf“, Volkoper in 2 Akten von Friedrich Schmetana. — **Frankfurt:** 16.30 Konzert des Hausorchesters, 18.45 Wer war der eigentliche Erfinder der Buchdruckerkunst?, 20.15 Konzert des Kasseler Lehrerchorvereines. — **Wien:** 19.10 „Quer durch Oesterreich“, Salzburg als Mozartstadt. — **Zürich:** 15 Konzert, 18.15 Konzert.

Luff: Wir sind Freihändler...
Riehn: Sie haben leicht reden; Ihre Geschäfte besorgen ohnedies die tschechischen Agrarier!

Nur allmählich beruhigt sich der streitbare Landbändler und kommt auf „die Blamage von Genf“, welche Bezeichnung er offenbar dem Wortführer deutschnationaler Landjunker aus Hinterpommern entnommen hat, und schlägt auch auf die innerpolitischen Verhältnisse zu sprechen. Die Verwaltung werde unter der Beamtenregierung wohl besser sein, sonst aber sei die Regierung Cerny nur ein Lindenbüßer. Eine Umkehr könne erst von einer Verständigung auf Grund vollster Gleichberechtigung der Nationen erwartet werden.

Kobalík (slowak. Volkspartei) befaßt sich mit der Beamtenvorlage und der Steuerreform; seine Partei vertrete die slowakischen Bauern, welche 67 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die jetzige verhängnisvolle politische Situation sei entstanden, weil sich die maßgebenden Politiker nicht gleich von Anfang an den Grundgedanken der Gleichberechtigung der Slowakei mit den historischen Ländern festgelegt haben. Die Hoffnung, daß die Autonomieforderungen allmählich einschlafen würden, sei trügerisch. Die Zeit werde kommen, daß man mit Hinka im Interesse der Republik werde verhandeln müssen.

Der tschechische Agrarier Dr. Havelka bemüht die Debatte, um als einziger Vertreter der Hausbesitzer zur Wohnungsfrage und zur Baubewegung Stellung zu nehmen. Der Jins gehöre dem Hausbesitzer allein wie dem Beamten sein Gehalt; Italien ist sein Ideal, das unter dem faschistischen Regime jeden Mieterschutz aufgehoben hat.

Es sprechen weiter Dr. Törköly (ungar.) und der Kommunist Vodnar (russisch), die sich speziell mit karpathorussischen Angelegenheiten befassen.

Hütter (Deutschnational) führt Klage über die Vergewaltigung der Minderheiten und warnt vor unberechtigten Hoffnungen auf eine Besserung der Lage. Er greift sodann den Außenminister Dr. Benes wegen seines Verhaltens zum deutsch-russischen Vertrag heftig an und verlangt, daß er dem Parlament deswegen Rede steht.

Silgenreiner (christlichsozial) bezeichnet das Beamtenministerium als ein Ministerium von Gnaden; als er vom Bodenamt als von einer staatlich organisierten Räuberbande spricht, der gegenüber man sich bei Gericht Recht holen müsse, erhält er zwei Ordnungsrufe hintereinander. Dann gab er in nicht zu missender Weise zu verstehen, daß auch die deutschen Christlichsozialen für die Zölle stimmen werden. Das zerrüttete Wirtschaftsleben müsse saniert werden und es sei ganz unmöglich, sich auf die Dauer über die Frage der landwirtschaftlichen Zölle hinwegzusetzen. Er hege das Vertrauen, daß der Senat dieses Problem sachlich behandeln werde, denn die ungelöste Zollfrage sei ein Hemmschuh, der der Entwicklung unserer Handelspolitik im Wege liege. Nicht minder wichtig sei aber die Steuerreform und die Beamtenvorlage, natürlich einschneidend der Bestimmungen über die Kongrua. Die deutschen Parteien seien aber nicht nur dazu da, für die Regierung die Strohhalm an dem Feuer zu holen, neben den Staatsnotwendigkeiten müsse man auch von den Notwendigkeiten des deutschen Volkes sprechen. Er schließt bezeichnenderweise mit der Anbiederung, dem Staate zu dienen und ihm gute Dienste zu erweisen; Vorbedingung hierzu sei die Gleichheit der Nationen im Staate.

Nach dem deutschen Gewerbetreibender Tschapek polemisiert der Landbändler Scholz gegen die Sozialversicherung, welche der Landwirtschaft angeblich die größten Lasten aufbürde, und verlangt dafür die Zölle auf Getreide, Vieh und Fleisch.

Die Debatte wird hierauf um 9 Uhr abends auf morgen Freitag 9 Uhr vormittags verlagert. Die morgige Sitzung, in der auch die restlichen Vorlagen von heute erledigt werden sollen, dürfte dadurch interessant werden, als in der restlichen Debatte noch führende Vertreter der ehemaligen Koalition u. a. der tschechische Sozialdemokrat Soukup, der Nationalsozialist Veselý und der Nationaldemokrat Dr. Bara zu Worte kommen werden. Dann soll der Senat bis zum 4. Mai verlagert werden.

Tagesneuigkeiten.

Politik und Kunst.

Der staatsgefährliche Donauwalzer.

Der Männerchorverein „Lieberhain“ in Böhmen-Leipa veranstaltete dort vor einigen Tagen ein Frühjahrskonzert, von dessen Programm aber über behördlichen Auftrag folgende Nummern abgesetzt werden mußten: der Strauß-Walzer „An der schönen blauen Donau“ und das Schreinersche Potpourri „Von Glück bis Wagner“. Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, wie der famose Böhmen-Leipaer Zensur dieses Verbot begründete; denn wir können doch nicht gut annehmen, daß die konsolidierte Tschechoslowakei jetzt schon durch einen Wiener Walzer und durch ein aus Werken großer deutscher Tonkünstler zusammengesetztes Musikstück erschüttert werden kann. Jedenfalls sollte man diesen borniert-dreisten Akt nicht so ohne weiteres hinnehmen. Die Blamage der tschechischen Behörde und damit des ganzen tschechischen Regimes gehört allerdings auf ein anderes Blatt. In der ganzen Welt nennt man mit Ehrfurcht Namen „von Glück bis Wagner“ wie Beethoven und Mozart, mit Bewunderung und in edelster Freude lauscht man ihren Schöpfungen; und von San Francisco bis Peking entzünden sich seit Jahrzehnten Millionen an den Klängen des Donauwalzers — nur in Böhmen-Leipa wird derlei auf den Index gesetzt. Da könnte man eigentlich, wenn man im Musikalischen bleiben und doch aus den Sphären von Glück bis Wagner herauskommen will, nur singen: „Du bist verrückt, mein Kind, Du mußt nach Berlin!“ Aber da muß man eben wieder befürchten, daß ein Zensur den tschechischen Löwen durch die Rennung der deutschen Hauptstadt bedroht sieht.

Der Feierheil-Marsch.

Es ist ein reines Glück, daß das deutsche Volk selbst für Ersatz jener musikalischen Perlen sorgt, die in B.-Leipa konfisziert werden. Mit innerer Anteilnahme bemerkten wir im Hinterland der „Deutschen Presse“, des Prager Zentralorgans der Christlichsozialen, folgende Ankündigung:

Ausschneiden! Aufheben!
 Im Verlage des kath. Gesellenvereines Tepliz-Schönanau ist der

Prälat Feierheil-Marsch

von W. Zausal erschienen. Orchester-Partituren in geschmackvollem Umschlag 26 K., bei Postzusendung 4 K. für Porto und Verpackung. Versand nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Vertrieb durch den Verlag und Herrn Kreissekretär...

Sicherlich hat der katholische Geselle und Urtuteone Zausal seinem Marsch den Text unterlegt: „Heil Feierheil, dem deutschen Priester!“, schon damit auch Herr Lodgman seine Freude hat. Uebrigens können wir den katholischen Gesellen und dem christlichsozialen Parteisekretariat, das eben seine eigenen Sorgen hat, mit einigen Anregungen aufwarten. Wir schlagen zunächst vor: einen „Monsignore Stramel-Walzer“ zu dem alten Text: „Es war so schön gewesen...“, eine „Seipel-Sanier-Polka“ und ein mehr allgemein gehaltenes Pfarrhausmusikstück zu dem bekannten Text: „Ja, das haben die Mädchen so gerne...“

Eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten.

Am letzten Sonntag tagte in Mišlitz (Südmähren) eine öffentliche Volksversammlung, in der Senator Genosse Riehn über „Politische Lage und Forderung“ sprach. In der Versammlung hatte sich auch eine Anzahl Kommunisten eingefunden, von denen einer, der Lehrer Sahn, nach dem Referat sich zu Worte meldete. Er suchte die Ausführungen des Referenten über die herrschende Reaktion dadurch zu entkräften, daß er erzählte, die tschechischen Sozialdemokraten hätten das reaktionäre Preßgesetz mitbeschlossen und dadurch sei auch die deutsche sozialdemokratische Partei an diesem reaktionären Gesetz mitschuldig. Herr Sahn meinte, man dürfe auf die „Schwabybude“ und auf den Parlamentarismus überhaupt keine Hoffnungen setzen. Ueberhaupt dürfe es keine Halbheiten geben. Daß die Bourgeoisie jede Mitregierung der Arbeiter in dem Augenblicke unmöglich mache, in dem diese für die Arbeiterschaft etwas durchzusetzen suchen, dafür führte er als Beispiel den Sturz der Regierung Macdonald vor. Nach Herrn Sahn kann nur die Diktatur der Proletariats nach russischem Muster dem Proletariat helfen. Rußland müsse auch in der nationalen Frage als Beispiel genommen werden, denn dort sei der nationale Ausgleich vollständig vollzogen. Dann erzählte er „alle Kamellen“ von Röske und Ebert, worauf er für die Einheitsfront eine Lanze brach und klagte, daß die sozialdemokratische Partei eine gemeinsame Maifest mit den Kommunisten nicht zulassen wolle.

Genosse Riehn antwortete dem Herrn Sahn dahin, daß die deutsche Sozialdemokratie das Preßgesetz von allem Anfang an leidenschaftlich bekämpft habe. Auch die Kommunisten behaupten, Gogner des Preßgesetzes zu sein, aber die Erfahrung zeigt, daß sie dieses Preßgesetz dazu benutzen, um ständig zum bürgerlichen Klassengericht zu laufen, vor dem sie sozialdemokratische Redakteure, oft nur wegen politischer Risiken an

einzelnen Kommunisten oder kommunistischen Zeitungen anklagen. Die Kommunisten sind die größten Nutznießer des neuen reaktionären Preßgesetzes und sie erzeugen Ehrenbeleidigungsklagen zum Zwecke der Schädigung der sozialdemokratischen Presse geradezu fabrikmäßig. Sie haben wenig Berechtigung, gegen reaktionäre Gesetze Stellung zu nehmen, denn in Rußland wird soeben ein Schutzgesetz vorbereitet, das dem berechtigten Gesetze zum Schutze der Republik auf ein Haar gleicht, es in vielem an Unzulässigkeit und Freiheitsdroffselung noch übertrifft. In Rußland darf nicht ein einziges nichtkommunistisches Blatt erscheinen und die Einsperung, Verbannung in die sibirischen Eiswüsten und die Folterung politischer Gefangener stehen dort an der Tagesordnung. Die Sozialdemokraten haben niemals in den Parlamentarismus blinden Glauben und noch weniger alle Hoffnungen gesetzt, aber der Parlamentarismus ist eine Waffe, welche im Dienste der Arbeiterklasse ausgenutzt werden muß und die Kommunisten sind selber diejenigen, welche den Parlamentarismus und die Demokratie, die sie in den westeuropäischen Staaten genießen, ausnützen. Es ist verderblich, wenn die Kommunisten, anstatt für eine wirkliche Demokratie zu kämpfen, das Parlament als „Schwabybude“ beschimpfen und die Demokratie zu untergraben suchen, denn dadurch dienen sie nicht den Interessen des Proletariats, sondern stärken jene Elemente der Bourgeoisie, welche auf die Beseitigung der Demokratie und auf die Errichtung der kapitalistisch-faschistischen Diktatur hinarbeiten. Das Beispiel Macdonald ist schlecht gewählt, denn Macdonalds Regierung war eine Minderheitsregierung und kein Kenner der englischen Verhältnisse konnte erwarten, daß eine solche Regierung in Stande sein könnte, Durchgreifendes für die Arbeiterschaft und für den Sozialismus zu vollbringen. Was die Einheitsfront des Proletariats betrifft, so ist diese Parole der Kommunisten nur eine Falle, in welche die Sozialdemokratie nicht hineintappen wird. Den Kommunisten geht es nicht um die Einigkeit, sondern nur darum, mit den sozialdemokratischen Arbeitern in Berührung zu kommen, um sie durch ihre demagogischen Kunststücke und Parolen einzufangen. Eine Einheitsfront zwischen zwei Parteien kann es nur geben, wenn beiderseits der gute, ehrliche Wille vorhanden ist, der aber bei den Kommunisten fehlt, denn nach Moskauer Weisung ist vorläufig noch immer die erste und oberste Aufgabe der kommunistischen Partei die rücksichtslose Bekämpfung der Sozialdemokratie. Mit einer Partei, die sich tausendmal als unsere Todfeindin bekannt hat, kann es keine Gemeinschaft geben. Erst müssen die Moskauer Machthaber darauf verzichten, unsere Parteigenossen in Rußland politisch zu verfolgen und erst müssen die hiesigen Kommunisten in ihren Entschlüssen unabhängig werden von den Diktatoren der Moskauer Herren.

Nach der Antwort des Herren Riehn meldete sich dann noch ein Lederverwarenhändler namens Herzog zum Worte, der sich als Kommunist bekannte, der in hohen Tönen Rußland als ein Paradies pries und der die Frage stellte, warum die sozialdemokratische Partei den Rußlanddelegierten Schenk ausgeschlossen habe.

Genosse Riehn führte die Behauptungen Herzogs über Rußland auf das richtige Maß zurück und erklärte, die Kommunisten hätten kein Recht, über den Ausschluß Schenks zu klagen, denn sie selber halten auf straffe Disziplin in ihrer Partei. Die Rußlanddelegierten, darunter Schenk, haben diese Disziplin gebrochen, indem sie durch ihre ganze Tätigkeit und nach ihrer Rückkehr aus Rußland, — wo sie Gäste der Sowjetregierung waren, welche unsere Parteigenossen aufs ärgste drangalieren, — für eine andere Partei, das ist die kommunistische, und gegen uns Propaganda gemacht haben.

Damit endete die Auseinandersetzung, an der, wie zu ersehen war, die anwesenden Kommunisten keine Freude erlebten.

Ministerialbeamter und Verwaltungsrat. Die Durchsicht des Handelsregisters ist, so schreibt die „Nova Doba“, manchmal eine sehr interessante Sache. Es ist bekannt, daß Gewerkschaften, welche in Geschäftsverbindung mit dem Staate stehen, mit Vorliebe zu ihren funktionären einflußreiche Politiker oder hohe Staatsbeamte wählen, damit sie über einen gewissen Einfluß bei den betreffenden Staatsorganen verfügen. So ist im Handelsregister in Prag als Vorstandsmittglied der tschechoslowakischen Waggonleihe-Aktiengesellschaft der Ministerialrat Dr. Peter Jenkl, Sozialreferent der Prager Gemeinde und Vorsitzende des Klubs der tschechischen Sozialisten auf dem Prager Rathaus eingeschrieben. Mit diesem Amt ist ein Einkommen von 60.000 Kronen verbunden, wozu noch Lantienmen kommen. Das Ministerium für soziale Fürsorge, dessen Beamter Herr Dr. Jenkl ist, hat die Einwilligung dazu gegeben, daß Jenkl in den Verwaltungsrat der genannten Gesellschaft eintritt. Eine geschäftliche Befähigung bringt Dr. Jenkl, der übrigens Direktor der Sozialversicherungsanstalt werden will, weder zum Verwaltungsrat noch zu dem nunmehr angestrebten Posten mit, denn er war bis vor kurzem Professor der tschechischen Sprache an einer Mittelschule. Es müssen daher andere Gründe gewesen sein, welche die Gesellschaft veranlaßt haben, den Dr. Jenkl in den Verwaltungsrat zu berufen. Es wäre wirklich an der Zeit, so schreibt das genannte Blatt,

Maifestschrift 1926

Der Parteivorstand hat so wie alljährlich wiederum auch für dieses Jahr eine Maifestschrift herausgegeben, die soeben den Organisationen zugesandt wurde. Die diesjährige Maifestschrift zeichnet sich nicht nur durch einen wertvollen Inhalt, sondern auch durch eine vorzügliche bildliche und technische Ausgestaltung aus. Es sind in ihr Aufsätze enthalten von Fanny Blatny, Emil Franzel, Erna Haberzettel, Josef Hofbauer, Johann Polach und Anton Schärer. Außer den genannten Beiträgen sind noch Aufsätze über den chemischen Krieg und ein Spendenblatt über Wilhelm Liebknecht und Zitate von Marx und Engels, Bassalle und Wilhelm Liebknecht enthalten. Ferner schmücken die Festschrift noch ein schwungvolles Gedicht „Maientag“ und Gedichte von Max Bartel und Hans Honheiser. Das dreifarbige Titelbild, das in seiner Einfachheit von hervorragender Wirkung ist, (aus einem dunkeln Grund leuchtet eine rote Kette, nachdem die Proletarierhände sehnsuchtsvoll greifen) ist von dem auch bei uns bekannten sozialistischen Künstler George Karau aus Wien. Im Innern der Festschrift sind aus einem Bilde von Wilhelm Liebknecht noch Reproduktionen von bedeutenden Kunstwerken: Max Klinger „Der Krieg“, Käthe Kollwitz — Die Gefangenen, Francoesco Mileti — Feldarbeiter, und eine wirkungsvolle Kopfleiste von Ferdinand Hodler, Einigkeit. Außerdem ist noch eine Originalzeichnung „Der chemische Tod“ von Göndör reproduziert.

Die Maifestschrift ist im Umfang wiederum gewachsen, sie ist 20 Seiten stark. Die vorzüglich ausgestattete Festschrift, deren Redaktion Genosse Ernst Paul besorgte, wird ohne Zweifel überall den besten Anklang finden, umso mehr als der Preis von Ks 1.— hierfür als außerordentlich niedrig gelten muß.

daß in der Tschechoslowakei ein Gesetz über die Unerreichbarkeit gewisser Funktionen herauskommt.

Wilhelm Bock — 80 Jahre alt. Einer von der alten Garde der deutschen Sozialdemokratie, der in ihrem Goldenen Zeitalter unter dem Sozialistengesetz in erster Reihe gestanden, Wilhelm Bock, vollendet am 28. April sein achtzigstes Lebensjahr. Wer den lebhaftesten energiegelassen Mann heute bei der Arbeit im Reichstag, dessen Alterspräsident er gewesen, sieht, wird nicht vermuten, daß er bereits 88 Jahre der Partei angehört und 42 Jahre dem Reichstag. Als junger Schuhmacher schloß er sich 1868 dem Arbeiterbildungsverein Hamburg an, wurde schon mit 27 Jahren Präsident der deutschen Schuhmachergewerkschaft und zwei Jahre später Redakteur ihres Fachblattes. Den Hauptteil seiner Lebensarbeit hat er in Gotha geleistet, wo er der eigentliche Schöpfer der Arbeiterbewegung gewesen. Er war ein unerschütterlicher Gegner des Krieges und stellte sich mit aller Entschiedenheit auf die Seite der Unabhängigen. Beim Einigungskongress in Nürnberg 1922 hielt er als Vertreter der Unabhängigen die Eröffnungsrede und fungierte als Ehrenvorsitzender.

Verjudung der Kirchen. Das Wiener Sakramentskreuzerblättchen, das allerdings mehr für Verjudung als für Kirchenfragen kompetent ist, klagt bitterlich über die jüdische Verjudung der Wiener Kirchen. Zwar hat sich der Klerus noch ziemlich judenrein erhalten, aber die Gläubigen, die der Predigt und der Kirchenmusik lauschen, sind leider meistens Ungläubige. Mit teuflischer Gier „fangen die Juden alle die herrlichen Klänge ein“, so daß für die frommen Sakramentskreuzer rein gar nichts mehr übrig bleibt. „Sind wir Christen denn wirklich schon so weit“, fragt das arische Blatt verzweifelt, „daß der Jude nur dazu da ist, uns als billiges, wohlfeiles Säugetier zu halten und zu züchten?“ Das ist nun wohl eine Hyperbel; immerhin ist das Eindringen der Juden in die Kirche ein ernstes Problem und man darf annehmen, daß Jesus die christliche Religion nie gegründet hätte, wenn er dergleichen vorausgesehen hätte. Eine kleine Kompensation bildet allerdings das Eindringen der deutscharischen Vorläufer in das jüdische Bantwiefen.

Liebhaver-Aufträge. In der „Landeszeitung“ für Schwarzburg-Rudolstadt und anrenzende Gebiete stand am 4. April folgendes Inserat zu lesen:

Ein älterer Herr

mit Lust und Liebe zur Gartenpflege, der die Instandhaltung meines Hausgartens aus Liebhavererei übernehmen möchte, wird gebeten, sich mit mir persönlich in Verbindung zu setzen. Gartengerätschaften usw. werden von mir gestellt. Hofgärtner Dr. Reuter, Rudolstadt. Daß sich auf dieses nicht gerade verlockende Angebot ein „Liebhaver“ gemeldet hat, der dem Herrn Hofgärtner umsonst den Garten in Stand gesetzt hätte, ist billig zu bezweifeln. Die richtige Antwort auf die Zumutung aber wurde dem Herrn in einer der folgenden Nummern der „Landeszeitung“ erteilt, in der ebenfalls als Inserat folgendes Gesuch aufgegeben war:

Herr in mittleren Jahren, der mein Gebiß aus Liebhavererei in Ordnung bringt, wird gesucht. Geräte etc. werden gestellt. Hofgärtner A. Schubert.

Ein Schulbeispiel kommunistischer Verleumdungskunst. Die kommunistische Wiener „Rote Fahne“ brachte in ihrer Nummer vom 16. April 1926 in einem Artikel über die Tagung der Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich folgenden Satz:

„Die Exekutive hat aber keine Kritik an dem Verhalten, zum Beispiel der italienischen Sozialdemokratie zum Faschismus, geübt. Will man vergessen machen, daß Turati beim Einzug der Faschisten mit Mussolini an der Spitze in Rom einzog?“

Durch diesen Satz soll die Verleumdung verzeiht werden, daß Filippo Turati, der große Vorläufer des italienischen Sozialismus, der durch mehr als vier Jahrzehnte der Arbeiterbewegung mit Leib und Seele gedient, der nach der Ermordung Matteottis die große mutige Rede gehalten, der ständig von den jetzigen Gewaltgebern Italiens bedroht ist, daß Filippo Turati beim Einzug der Faschisten mit Mussolini an der Spitze in Rom einzog.“ Die Verleumdung rechnet mit jenen, die in bezug auf Italien ihre Informationen aus der „Roten Fahne“ schöpfen. Die ganze übrige Welt weiß heute, daß es allerdings einen Turati gibt, der bei den Faschisten eine große Rolle spielt. Nur heißt er zufällig nicht mit dem Vornamen Filippo, sondern Augusto.

Einen schönen Werbe-Erfolg erzielten unsere Genossen in Neierhöfen, die in der vergangenen Woche der Partei 42 neue Mitglieder und den Karlsbader „Volkswillen“ 32 neue Leser gemannen. Das Beispiel der Neierhöfener Genossen zeigt, wie wirklich gute Werbearbeit zum Erfolg führt und — wie es alle machen sollen.

Der 1. Mai und die elektrischen Bahnen. Die Frage, ob am 1. Mai die elektrischen Bahnen verschoben werden, ist noch immer nicht geklärt. Das Personal der Bahnen hat, vor allem in Prag und Brünn, beschloffen, an diesem Tage nicht zu arbeiten. Die Direktion der Brüner elektrischen Bahn hat nun den Arbeitern mitgeteilt, daß über direkten Auftrag des Eisenbahnministeriums die elektrischen Bahnen den Verkehr am 1. Mai aussetzen erhalten müssen und gibt den Arbeitern zu bedenken, ob sie über die Sache nicht noch einmal beraten sollten. Die Angestellten der Elektrischen in Brünn werden voraussichtlich, wie die „Sidobe Roviny“ melden, dieses Verlangen der Direktion ablehnen und es ist möglich, daß es zu einem Konflikt kommt, wenn die Direktion die Aufrechterhaltung des Verkehrs am Montage anordnet. Auch die Angestellten der elektrischen Bahn in Olmütz haben beschloffen, dem Beschlusse Prags zu folgen und am 1. Mai nicht zu fahren. Die Prager Straßenbahner haben sich bereits mit dem Erlaß des Eisenbahnministeriums beschäftigt und die Angestellten aufgefordert, die Arbeitstrasse am 1. Mai gegen alle Angriffe zu verteidigen, sich ohne Rücksicht auf Drohungen ihnen an die Verfügungen des Betriebsausschusses zu halten und sich am 1. Mai vollständig an den Demonstrationen zu beteiligen.

Große Korruption in der Partei der Italienischen Faschisten. Kurze Zeit nach der Beendigung des Matteotti-Prozesses hat der damalige Generalsekretär der faschistischen Partei Italien, Farinacci, der in dem Prozeß als Verteidiger auftrat, auf seine Stelle als Generalsekretär verzichtet. Die nun besetzt wird, war sein Rücktritt nicht freiwillig, sondern hängt mit einem Skandal in der faschistischen Partei zusammen, in dem zwei italienische Großbanken die Hauptrolle spielen. Eine von ihnen hat den genannten Farinacci bestochen, die andere den Innenminister Federzoni. Farinacci soll von der italienischen Banca di Sconto und der Firma Ansaldo für einen Feldzug, den er gegen die Banca Commerciale und deren Direktor unternehme, eine halbe Million Lire bekommen haben. Die Korruption wäre nicht aufgedeckt worden, wenn nicht Farinacci gegen Mussolini selbst intrigiert hätte. Die Sache wurde auch auf einem Flugblatt, das in Rom verbreitet wurde, geschildert. Das Flugblatt wurde jedoch konfisziert. — So schauen also die Herrschaften aus, welche die italienische Nation besseren Zeiten entgegenführen wollen!

Die Säuberung der kommunistischen Partei von linken Elementen in Deutschland geht auf Befehl der Moskauer Geldgeber munter fort. So wurden die Mitglieder der linken Opposition Korsch und Schwarz ausgeschlossen und aufgefordert, ihre Reichstagsmandate niederzulegen. Es ist aber nicht sehr wahrscheinlich, daß sie der Aufforderung nachkommen werden. Eher dürften sie sich mit den andern kürzlich aus der kommunistischen Partei hinausgeworfenen, der Gruppe Krah, vereinigen und da die Säuberung der Partei immer weiter geht, dürfte diese Gruppe bald die Stärke von fünfzehn Mann erreichen, so daß sie eine eigene Fraktion bilden könnte.

Ein Organ für die italienischen Arbeiter in Frankreich. Der vor dem Kriege von der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands A. D. G. B. herausgegebene „Operato italiano“ (Der italienische Arbeiter) soll jetzt in Frankreich, wo 180.000 italienische Arbeiter beschäftigt sind, wieder neu entstehen. Wie aus Paris gemeldet wird, wird ab 1. Mai das Blatt als ein Organ des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) und des internationalen Bauarbeiter-Sekretariats (C. I. S. P.) erscheinen.

Die Rodendorfer Bluttat. Die Untersuchung in der Mordaffäre Rodendorf hat bisher keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen. Der geistliche Mörder hat sein ursprüngliches sehr bestimmtes abgegebene Geständnis teilweise ergänzt und es namentlich in der Richtung abgeändert, daß er den Karl Kronhöfer aus Falkenau



Zur Bergbau-Arie in England.

Herbert Smith (links), der Vorsitzende der Gesamtgewerkschaft der Bergarbeiter und Tom Richardson verlassen eine der zahlreichen Konferenzen.

Smith erklärte, die Bergarbeiter würden einem Aufruf zum allgemeinen Streik Folge leisten. Das Ergebnis dieses Wirtschaftskampfes im Bergbau sei für die Gesamtloge der englischen Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung.

als mitschuldig an dem Morde bezeichnet. Den Nachforschungen der Gendarmerie ist es nun gelungen, den Kronhöfer gestern in Falkenau zu verhaften. Er ist inzwischen auch dem Egger Gefängnis überstellt worden. Kronhöfer leugnet mit aller Entschiedenheit die ihm zur Last gelegte Mitschuld und erbringt für die kritischen Tage ein umfangreiches Alibi, welches von den Behörden überprüft wird. Er gibt an, in der Nacht, in der die Tat begangen wurde, in Turban bei Haid, Bezirk Tachau, gewesen zu sein. Die Aussagen des Sandner machen in der Tat einen durchaus unglaublichen Eindruck. Jetzt gibt er an, etwa 4000 Kronen im Döllner-Hause erbeutet zu haben, 3000 Kronen in einer Brieftasche und 900 Kronen in einer Hosentasche. Davon will er die 3000 Kronen dem Kronhöfer gegeben haben. Kronhöfer ist aber eines anderen Verbrechens überwiefen. In der Nacht vom Ostermontag auf Osterdienstag übernachtete im Stalle des Gasthauses in Klein-Siedlitz außer dem Kronhöfer noch dreizehn andere Landstreicher und Landstreicherinnen, darunter eine gewisse Marie Diez, eine Dienstmagd. Zwischen dem Kronhöfer und der Diez kam es im Stalle zu Intimitäten und zu einem Streit, in dessen Verlauf Kronhöfer in der Dunkelheit nach seinem Messer griff und es der Marie Diez in den Leib rannte. Auf den Lärm kam dann der Gastwirt mit einer Laterne in den Stall, der die Diez blutüberströmt vorfand. Kronhöfer war inzwischen ausgerissen. Die Diez wurde in schwerverletztem Zustand in das Krankenhaus nach Plan geschafft, wo sie operiert werden mußte. Dieses Verbrechen ist Kronhöfer geständig.

Die Erholungsheime der Allgemeinen Pensionsanstalt in Mariebad und Luhačovic werden am 2. Mai 1926 eröffnet. Den Mitgliedern der Anstalt bietet sich dort eine günstige Gelegenheit, gegen mäßiges Entgelt ihren Urlaub zu verbringen und sich einer zweckentsprechenden Heilbehandlung in den schönsten Badeorten der Republik zu unterziehen. Für Mai und Juni sind noch eine Reihe von Plätzen zu vergeben, für die Sommermonate nur auf Grund ärztlichen Atteste. Die Entgegennahme von Anmeldungen und Erteilung von Informationen erfolgt in der Direktion der Anstalt (Radnivo, Nr. 60).

Wieder einer. Bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck lief die Strafanzeige gegen einen hochwürdigen Herrn ein, der in einer kaiserlichen Gemeinde Seelen saniert und manchmal nach Innsbruck kommt, um sich hier auf seine Art zu unterhalten. Wegen einer solchen „Unterhaltung“ mit Buben erfolgte die Anzeige.

Raubmord an einer Greisin. In dem Orte Hergersmühle bei Eberswalde wurde die 77jährige Witwe Wilhelmine Schröder ermordet aufgefunden. Frau Schröder betrieb in ihrem Hause, das sie allein bewohnte, eine Gastwirtschaft. Als ihr Schwiegersohn, der in einem Nachbarort wohnt, sie dieser Tage besuchen wollte, wurde ihm auf sein Klopfen nicht geöffnet. Unglücklich geworden, benachrichtigte er die Polizei des Ortes, die dann auch mit einem Schloffer erschien und die Tür aufbrechen ließ. Den eintretenden Beamten bot sich ein furchtbarer Anblick. Frau Schröder lag, aus mehreren Kopfwunden blutend, tot am Boden. Die Untersuchung ergab, daß die Witwe durch Stöße auf den Kopf getötet worden ist, die mit einem spitzen, eisernen Gegenstande geführt sein müssen. Allem Anschein nach liegt ein Raubmord vor.

Zwei Lustmorde. Dieser Tage fand man im Walde bei Jabrod in der Gegend von Rodendorf die Leiche eines unbekannten Mädchens. Die gerichtliche Kommission stellte fest, daß es sich um einen Lustmord handelt: das Mädchen war vergewaltigt und erwürgt worden. Das Opfer wurde später als die 18jährige Rosa Cervenay aus Trubitz agnosziert. Als der Tat verdächtig wurde ihr

Geliebter, der 20jährige Josef Bahler, verhaftet. Er stellt seine Schuld entschieden in Abrede. — Bei Brandholz im Bayerschen Nischelgebirge wurde die 31jährige Handelsfrau Müller aus Rettenbach, tödlich verletzt, mit 25 Stichwunden in einer großen Blutlache aufgefunden. Der bereits verhaftete Täter, der 18jährige Pöndler Stein, wollte an der Frau ein Stillschleichenverbrechen verüben. Aus Wut über das Nischeln bearbeitete er die Frau mit einem Messer und mit Fußtritten, bis sie starb, und beraubte sie hierauf.

Die Amerikaner sind großzügig, wenn es aus fremden Taschen geht. So läßt sich der Wiener Korrespondent des „Volk“ über die Wohnbauten der Gemeinde Wien wie folgt aus:

„Die Gemeinde Wien hat in der letzten Zeit in Wien eine Reihe von Wohnhausbauten errichtet, die in gerader Linie fürchtbarer Weise ein Sinnbild der sozialdemokratischen Konstruktivistischen Welterneuerung sind. Ungeheure Kosten, die jeden Sinn für Persönlichkeit, die überhaupt das Individuum an sich schon im Keime töten müssen. Von amerikanischen Methoden, wie sich die Wiener Sozialdemokraten so gerne brüsten, ist keine Rede, denn gerade die Amerikaner arbeiten wohl in himmelhohen Wolkenkratzern und sie haben Wolkenkratzerhotels, bezirhen aber draußen an der Großstadt-Peripherie in kleinen Villen und Farmen.“

Nun erinnern sich nicht nur alte Leute, sondern alle Wiener, die vor 1919 die Stadt gekannt haben, daß unter christlichsozialer Herrschaft in Wien die Arbeiter und Angestellten weder in kleinen Villen und Farmen gewohnt haben, noch in modernen Wolkenkratzern, sondern in elenden verwanzten Mietskasernen ohne Licht und Luft, die ihren Gehaltbeitrag an Tuberkulösen forderten, oder auch in Eisenbahnwagen (vor 1914). Eben darin aber liegt die Großzügigkeit der Christlichsozialen, daß sie keinen Anteil geben. Entweder Villen oder gar nichts; und da die christlichen Gemeindeväter sich darüber einig waren, daß die Villen für die Arbeiter zu kostspielig wären, ließen sie lieber die alten Dreiviertel mit ihren furchtbaren Schwindelschiffen stehen. Besser die Tuberkulose als Wohnhausbauten, die dem Beschma der Pfarrhausköhnen nicht entsprechen.

Die Bevölkerung von Paris. In Frankreich fand am 7. März d. J. eine Volkszählung statt; für die Stadt Paris werden jetzt die vorläufigen Ergebnisse der Zählung bekanntgegeben. Es bestand sich in Paris am 7. März eine Bevölkerung von 2.836.416 Seelen; das bedeutet gegen die Zählung vom Jahre 1921 eine Bevölkerungszunahme von 250.177 Seelen. Diese Zahlen kontrastieren in merkwürdiger Weise mit der immer noch sehr ernsten Wohnungskrisis. Es ist zu bemerken, daß die Zahlenangaben Paris im engeren Sinne betreffen, das heißt, die alte Stadt innerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen, die dem Stadtgebiet der alten Bastionen entsprechen. Zählt man zu dieser eigentlichen Stadt die sehr bedeutenden Vororte, die mit ihr in engstem Zusammenhang und in ständigem Kontakt stehen, und die mit Paris das sogenannte „Groß-Paris“ bilden, hinzu, so dürfte mehr als eine weitere Million Seelen hinzukommen. Bei dieser Einwohnerzahl der Vororte dürfte auch kaum eine Verringerung der Bevölkerung gegen 1921, sondern weit eher ein beträchtlicher Bevölkerungszuwachs zu konstatieren sein.

Humor. Ruß. Der Musikkritiker hatte einen Reffen, der blühte als Tenor. Als er das erste Mal aufgetreten war, schrieb der Onkel über seinen Reffen die Kritik für sein Blatt; ganz kurz, damit man ihm nicht Protektion nachsagen könne: „Der junge, liebenswürdige Tenor lag, sang und siegte.“ Am

nächsten Morgen konnte man lesen: „Der junge, liebenswürdige Tenor kam, sang und siegte.“

Eine Mutter schrieb dem Lehrer ihres Sohnes: „... Entschuldigen Sie bitte, daß mein Sohn die Weltgeschichte nicht gemacht hat; er mußte seiner Tante beim Ausziehen helfen! ...“ — Eine andere: „Hiermit möchte ich meine Tochter entschuldigen, daß sie das Buch nicht bringen konnte; sie hatte es im Hals!“

Die Baden. In der Höheren Mädchenschule hielt der Herr Oberschulrat Bistation. Es wird Verfassungsgeschichte geprüft. „Wieviel Konsuln hatte die römische Republik?“ ergründete die Lehrerin. Ein reizender Bäcklein, der die Frage beantwortet soll, ist so verwirrt, daß ihm selbst das nicht einfallen will. Das hübsche Mädchen wird rötter und rötter. Schon zuckt es innerlich um den Mund. Der alte Geheimrat, der selbst Töchter hat, bekommt Mitleidsregungen und greift freundlich lächelnd ein. „Wenn ich Sie, liebes Kind, einmal väterlich in jede Ihrer runden Baden kneten würde, dann wäre Ihnen die Zahl wohlbar geworden! Also wieviel Konsuln hatte die altrömische Verfassung?“ — „Vier!“ antwortete strahlend die freudig Erstbe. („Stimpfismus“.)

Tiefes Mitleid. Mama geht mit den Kindern in die Kunstausstellung. — Kurt: „Mama, was stellt denn dies Bild vor?“ — Mama: „Eine Christenverfolgung im alten Rom. Das ist eine Arena und da stürzen sich die Tiger auf die Christen, um sie zu zerfleischen.“ — Kurt: „Ach, Mama, sieh doch mal da in der Ecke von dem Bilde, der arme Tiger, der hat gar keinen Christen!“

Mitgutmenschen vergessen. Ein zu seiner Zeit häufig genannter französischer Staatsmann hatte das Geschick, eines Tages, als er unerwartet nach Hause kam und in das Schlafzimmer seiner Frau trat, bei ihr einen etwas stark entleierten jungen Mann anzutreffen. Der Liebhaber war schlaflos vor Schreck, brachte kein Wort über die Lippen, sondern trachtete nur, sich so rasch als möglich anzuziehen. Raum war er so weit, nahm Mantel, Hut und Stiefel und wollte sich entfernen. „Warten“, hielt ihn da der Politiker zurück, legte die Hand auf seine Schulter und deutete auf seine Frau: „Sie haben die Gnädige mitgutmenschen vergessen.“

Volkswirtschaft.

Vor einem Abwehrkampf der Arbeiter in der Zuderindustrie.

Die Zuderindustriellen drohen mit dem verträglichen Zustand, falls die Arbeiterlöhne nicht herabgesetzt werden.

Am 20. April fand eine Sitzung des Subkomitees des staatlichen Beratungsausschusses für Angelegenheiten der Arbeiter in der Zuderindustrie in Prag statt, auf deren Tagesordnung die Verhandlung des Kollektivvertrages der Arbeiterschaft für das Jahr 1926 und 1927 war. Die Zuderindustriellen erklärten, daß sie gezwungen seien, unbedingt an die Herabsetzung ihrer Regie zu schreiben und kamen mit Anträgen, deren Durchführung eine 20prozentige Herabsetzung der Einkünfte der Arbeiterschaft bedeuten würden. Die Unternehmer formulierten ihre Forderungen folgendermaßen: 1. der einmalige Teuerungszuschlag von 600, 450 und 250 K ist zu beseitigen, 2. der Beihilfungsbeitrag von 800—1200 K wird um zwei Drittel herabgesetzt, 3. die jeweils am 15. Dezember fällige Remuneration wird abgeschafft, 4. die sogenannte Kampagnenremuneration wird um 50 Prozent herabgesetzt, 5. die Kinderzulage, die bisher in der Höhe von 5 Prozent ausbezahlt wurde, wird gleichfalls abgeschafft, 6. die kostenlose Verabfolgung von Zuder wird aufgehoben, 7. die Tagelöhner werden in eine niedrigere Einkommensstufe versetzt, was einen täglichen Entgang von 2 K täglich ausmacht, 8. die Löhne der Kampagnearbeiterschaft werden um 15 Prozent herabgesetzt, die dieser Kategorie von Arbeitern bezahlten Remunerationen werden um die Hälfte gekürzt, ebenso der Bezug von Zuder an diese Arbeiter. 9. Es wird nur der gesetzliche Urlaub erteilt, was eine Verkürzung der Arbeiter gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet, 10. die Beiträge für die Kranken- und Pensionsversicherung werden dem Gesetz entsprechend entrichtet, was gleichfalls eine Benachteiligung gegenüber dem jetzigen Zustand bedeutet.

Die Vertreter der Vertragsorganisationen — darunter auch der internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, Luffig — erklärten, auf diese Vorschläge nicht eingehen zu können, denn die heutigen Zustände und die unerspreulichen Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft der Zuderindustrie lassen eine Verschlechterung des Einkommens der Arbeiterschaft nicht zu. In den vergangenen Jahren, da für die Zuderindustrie in der Tschechoslowakei eine glänzende Konjunktur war, wurden die Arbeiterlöhne durchaus nicht im Verhältnis zu den Millionengewinnen der Industriellen geregelt. Im Gegenteil! Im Jahre 1922 wurden schon der Arbeiterschaft die Löhne um 25—33 Prozent gekürzt. Deswegen kann einer Herabsetzung der Arbeiterlöhne nicht zugestimmt werden, denn das würde die Verelendung tausender Arbeiterfamilien bedeuten. Die Arbeiterschaft in der Zuderindustrie muß dessen eingedenk sein, daß der Angriff auf ihre Existenz nur durch eine gute und starke Gewerkschaftsorganisation sowie durch das gemeinsame Vorgehen aller Vertragsorganisationen in diesem Kampfe abgewehrt werden kann.

Ein Jahr Genter System.

Am 1. April ist seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung (Genter System) ein Jahr verfloßen. Ueber die Erfahrungen, die mit dem Gesetz gemacht wurden, berichtet das Organ der Bauarbeiter, der „Bund“ (Reichenberg):

Am 1. April ist seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung (Genter System) ein Jahr verfloßen. Ueber die Erfahrungen, die mit dem Gesetz gemacht wurden, berichtet das Organ der Bauarbeiter, der „Bund“ (Reichenberg):

Am 1. April 1925 wurde das Gesetz vom 19. Juli 1921, Elg. Nr. 207, über den Staatsbeitrag zur Unterstützung Arbeitsloser in Kraft gesetzt. Einjährige praktische Erfahrungen der Anwendung und Durchführung des Gesetzes liegen nun vor. Es verlohnt sich, darüber einige Betrachtungen anzustellen. Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen haben sich grundsätzlich gegen das Gesetz ausgesprochen. Als es jedoch in Wirksamkeit trat, ist nichts unternommen worden, um durch Rat und Tat den Verbänden zu helfen, sich den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, die neue, den Gewerkschaften zugewandene Aufgabe bewältigen zu können. Und dies war gut so. Obwohl noch kein allgemeiner offizieller Bericht vorliegt, darf wohl mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß die dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen die Erledigung der mit der neuen Aufgabe verbundenen Arbeiten nicht am schlechtesten erledigt haben. Die Anforderungen, welche mit der Durchführung des Gesetzes an die Gewerkschaften gestellt wurden, waren nicht gering. Der administrative Verwaltungsapparat mußte zum Teil völlig umgestellt werden, die Finanzen wurden auf eine harte Probe gestellt. Denn die Verbände hatten nicht bloß wie vorher die eigene Verbandsunterstützung für Arbeitslosigkeit zur Auszahlung zu bringen. Die Verbände mußten außerdem den Staatsbeitrag für den Staat an die Arbeitslosen vorstufweise auszahlen. Da die Verrechnung erst nach Erschöpfung der Unterstützungsfälle an das Ministerium für soziale Fürsorge erfolgen kann, die Refundierung von diesem an die Verbände ebenfalls einige Zeit in Anspruch nimmt, haben die Gewerkschaften Wochen hindurch nicht geringe Beträge vom Staat zu fordern, können über diese Geldmittel deshalb auch nicht verfügen. Wobei noch zu bemerken ist, daß es bisher dem Staat noch nicht eingeleistet ist, diese von Arbeiterorganisationen genommene Darlehen zu verzinsen. Diesen Anforderungen zu genügen, dürfte nun wohl allen Gewerkschaften gelungen sein. Aber es gibt andere Anforderungen. Gefahren, die sich in dem einen Jahr noch gar nicht voll zeigten, noch nicht voll auswirkten, scheinen auch von der Gewerkschaftswelt in ihrer ungeheuren Größe bisher nicht erfaßt worden.

Sinnfällig für jedermann ist, daß der Staat durch die Wirksamkeit des Gesetzes auf Kosten der Arbeitslosen große Ersparnisse macht. Hunderte von Millionen bleiben dadurch dem Staatsschatz erhalten. Nicht bloß daß Millionen weniger an staatlicher Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden brauchen, sondern weil ja die Gewerkschaften die ganzen Verwaltungskosten aufgebracht wurden. Aber der Staat als Klassenstaat hat noch einen anderen Gewinn. Einen viel höheren, wertvolleren, als die Ersparnis von hunderten Millionen Kronen. Der Hauptzweck der Gewerkschaften ist die gegenseitige Unterstützung in den Bestrebungen zur Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen. Es ist die erste und vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, durch Hebung und Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, diese physisch und psy-

chisch widerstands- und kampffähig zu machen im großen Ringen um eine bessere Weltordnung. Sollen die Gewerkschaften dieser ersten und vornehmsten Aufgabe gewachsen sein, dann müssen die Mitglieder für dieselbe das notwendige Verständnis besitzen, von jenem jeden Widerstand in unaufhörlichem Kampf niederringenden Kampfesgeistes befeelt sein, der Voraussetzung dafür ist, daß die Verbände Kampfsorganisations bleiben, und nicht zu Unterstützungsvereinen herabzinken.

Ein Jahr Genter System hat genügt, um diesen alten, ehernen gewerkschaftlichen Grundsatz gewaltig zu erschüttern, eine nicht zu unterschätzende Demoralisierung dieses Kampfesgeistes unter der Mitgliedschaft herbeizuführen. Es wäre sehr verlockend, nachzuprüfen, ob nicht auch ein vollgerichtetes Maß von Schuld auf einer Seite zu finden ist, die berufen waren und sind, in steter Sorge dafür zu wirken, den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften vor jeder Erschütterung und Demoralisierung zu wahren. Es ist Tatsache, daß bei allen Gewerkschaften eine große Mehrheit der Mitglieder als das Primäre die Arbeitslosenunterstützung und den Staatsbeitrag ansieht. Die Frage, in welcher Weise denn vorgesorgt ist, um bei Erfüllung der ersten und vornehmsten Aufgabe, selbst bei Anwendung des letzten und wichtigsten Mittels, ein Auslangen zu finden, ist bei vielen Mitgliedern eine Frage untergeordneten Grades geworden. Nicht wie hoch ist die Streikunterstützung wird gefragt, sondern was bekomme ich an Unterstützung und Staatsbeitrag bei Arbeitslosigkeit. Vielen Arbeitern ist die Gewerkschaft zur Unterstützungsjugendorganisation geworden. Vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen, wäre Vogelstraußpolitik. Der Klassenkampf und dessen Ruhmgeier hätten Ursache zu frohlocken, wenn es nicht gelänge, diesen durch die Auswirkungen des Genter Systems gerufenen Geist wieder zu bannen. Vorläufig können die Väter dieses Gesetzes mit den Auswirkungen desselben zufrieden sein. Die Erfahrungen, die wir in unserer Organisation in dem einen Jahr gemacht haben, sind wie die vorher geschilderten. Mit dem einen Unterschied nur, daß dieser schädliche Geist in noch viel ausgeprägterem Maße zu verzeichnen ist. Nicht deshalb, weil unsere Mitglieder für denselben empfänglicher waren und sind, sondern weil unser Verband angeblich bedeutend niedrigere Arbeitslosenunterstützung als andere Gewerkschaften zahlte, die rötlichsten und revolutionärsten nicht ausgeschlossen. Gerade bei diesen könnte am frühesten konstatiert werden, daß sie wohl noch sehr laut von Revolution und Klassenkampf schwärmen, aber nicht minder laut die Vorzüge ihrer Unterstützungsordnung anpreisen, um so, gleich den Selben, Mitglieder dazu zu treiben. Bei einer sachlichen Prüfung würde sich sehr bald feststellen lassen, daß die Ansicht jener Mitglieder unseres Verbandes, welche die auch von Außenstehenden sehr lebhaft propagierten Behauptungen von der niederen Unterstützung glauben, eine irrige ist. In der Folgezeit dürften ja alle unsere Mitglieder von diesem Glauben gelöst werden. Was zu dieser Heilung durch Aufklärung beigetragen werden kann, wird getan werden. Wichtig ist der Grundsatz, daß es Pflicht der Gewerkschaften ist, auch aus diesem Gesetz den Mitgliedern so viel als möglich zu vermitteln, nur darf bei diesem Streben der Charakter und die Hauptaufgabe der Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden.

Der belgische Franken sinkt seit einigen Tagen wieder stark. Er erreichte am Mittwoch seinen bisherigen Tiefstand mit 137 Franken für das englische Pfund. Die Hauptursache ist, daß die Anleiheverhandlungen mit den englisch-amerikanischen Bankiers nicht von der Stelle kommen oder richtiger, bis zur Ratifizierung der belgischen Schuldenregelung im Washingtoner Staat überhaupt unterbrochen sind. Für die Regierung wird

die Lage dadurch außerordentlich erschwert, daß die ausländischen Anleihegeber außerdem noch fordern, zunächst die schwebende Schuld Belgiens mit Hilfe der belgischen Banken zu konsolidieren. Dadurch gewinnt der bereits übertriebene und unverhältnismäßig einseitige Einfluß der belgischen Finanz auf den belgischen Staat beinahe den Charakter einer Diktatur und trägt stark zur Verschärfung der schon gespannten politischen Lage bei.

Der Film.

Angelo Ferrari in Prag. Gestern nachm. ist hier aus Berlin Angelo Ferrari, ein Filmschauspieler von internationalem Ruf, eingetroffen. Der Künstler wird in dem neuen Spelina-Film „Der Prager Flamender“ die Hauptrolle übernehmen; seine Partnerin ist Jarmila Baclová. Es wäre warm zu begrüßen, wenn die tschechische Filmindustrie mit Hilfe ausländischer Künstler endlich einmal eine konkurrenzfähige, ernst zu nehmende Höhe erreichen würde.

Literatur.

Josef Beránek: Nedostaty gentského systemu a jeho vliv na nemocenské a invalidní pojištění a na krisi pojišťování hornického (Die Unzulänglichkeit des Genter Systems und sein Einfluß auf die Kranken- und Invalidenversicherung und auf die Krise der Bergarbeiterversicherung). Mit Rücksicht auf die ansteigende Wirtschaftskrise ist dieses Büchlein sehr aktuell. Es zeigt den Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die Kranken- und Invalidenversicherung auf und weist auf die Gefahren, die hierdurch der künftigen Sozialversicherung drohen. Besonders interessant ist der Ueberblick über die gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitslosenbestimmung in den einzelnen Staaten, woraus hervorgeht, daß vielfach in anderen Staaten für die Arbeitslosen besser gesorgt wird, sowohl was die Höhe des Beitrages, als auch die Unterstützungsdauer betrifft. Der Autor weist nach, daß die Tschechoslowakei in der Frage der Arbeitslosenunterstützung zu den rückständigsten Staaten gehört. Das Büchlein ist in der Bäckerei für soziale Praxis in Prag, Roske, Bäckarstraße 303, im Umfange von 128 Seiten erschienen, der Preis beträgt 12 Kč.

Kunst und Wissen.

Die Berliner Philharmonie, die am 9. Mai im Lucerna-Saal ein einziges Konzert unter W. Furtwängler gibt, kommt mit folgenden Programm: 1. Symphonie Beethoven, 4. Bräuner und Wagner „Lohnhäuser“-Overtüre. Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Freitag, um halb 8 Uhr abends „Der Selige“, „Brüderlein fein“, „Die schlimmen Buben in der Schule“. — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Die verkaufte Braut“

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. L. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Böcher, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsheften, Einladungen, Paketen, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren aus in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

— Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: Gastspiel Pepi Blöcker-Kramer: „Die Mama vom Ballett“; 7 Uhr: Premiere „Eugen Onegin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag, Samstag und Sonntag, Gastspiele Gisela Werbegirt: „Mama Pelikan“. — Sonntag, 3 Uhr: „Der wahre Jakob“.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Reisungen zur Wiesfahrt. Bei der namentlichen Anmeldung zur Wiesfahrt, muß bei jedem Teilnehmer folgendes angegeben werden: Geburts-tag, -jahr, Ort, Heimatszuständigkeit, Staatsangehörigkeit, Beruf und Wohnort.

Mit der Meldung ist für jeden Teilnehmer einzusenden: K 10.— Regiebeitrag, K 3.— Unfallversicherung, Erlagschein 49.242 mit Aufdruck Wien. Der Festbeitrag wird mit einer separaten Zahlung eingehoben. Die Fahrgelder sind einzulassen und beim Verein zu deponieren bis weitere Direktiven folgen. Wir bitten, die Meldungen genau einzuhalten. Die Direktiven der turntechnischen Leitung sind ebenfalls genauest zu befolgen.

Frei Heil!

Der Bundesvorstand.

Empfehlenswert beim Besuche der
Baumblut im Elbtal
ist in **Aussig** das bestbekannte
Café und Restaurant „London“
Marktplatz.
Anerkannt das beste Unternehmen am Platze.

KINO-PROGRAMM
vom 23. bis 29. April:

LIDO 110
Eckia-Journal. Die Welt der Inostern.
„Der schwarze Adler“
Drama in 7 Teilen. In der Hauptrolle R. Valentini

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag.
„Die vom Niederrhein“

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben
Goldenes Kreuzel, Prag-Relaganta.

Gastwirtschaft **„Lidový dům“**
der Genossenschaft „Ganymed“
Tägliche **PRAG II.**, Hybernácká Nr. 1.
Konzert

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal

Kleine Chronik.

Blutabergglaube.

Schon dem primitiven Menschen mußte das Blut, wenn er an den Wunden des Kampfes einen Menschen oder auf der Jagd ein Tier verbluten sah, als „ganz besonderer Saft“ erscheinen. An ihm war das Leben gebunden, mit seinem Verfließen erfolgte es.

Diese Erkenntnis bildete die Grundlage für den **Blutritus**, der bei vielen heidnischen Völkern bestand. Da ihnen das Leben der Götter höchstes war, konnten die Götter, wenn sie zürnten, nicht besser versöhnt — oder, wenn man ihre Gunst wünschte, nicht günstiger gestimmt werden, als durch ein Blutopfer, durch den Tod eines Menschen oder später eines Tieres. Wie lange der Volksglaube solche Neigungen bewahrt, geht daraus hervor, daß noch im 19. Jahrhundert russisches Landvolk einen Getraideten lebendig vergraben wollte, um sich bei der herrschenden Cholera-Epidemie vor Ansteckung zu bewahren. Der gleichen Geisteshaltung entsprangen auch die **Wanopfer**, bei denen bei dem Neubau eines Hauses oder eines Teiches lebende Wesen als Opfer für den Schutzgeist eingemauert wurden. Auch hierbei gab es Abschwächungen, indem man sich mit dem Einmauern eines Eies oder eines Knochens begnügte. Aber ebenfalls noch im 19. Jahrhundert wurde in Salzburg, um eine Grube haltbar zu machen, eine Henne eingegraben.

Eine symbolische Bedeutung hatte das Blut ebenfalls bei vielen Völkern des Altertums und des Mittelalters in manchen feierlichen Handlungen. Es wurde zur Verfestigung eines Schwures oder eines Bündnisses, allein oder mit Wein gemischt, getrunken. Unbekannt war diese Sitte den

alten Germanen. Wenn bei ihnen zwei Männer Brüderchaft schlossen, ließen sie ihr Blut aus Wunden, die sie sich an der Fußsohle oder in der Hand beigebracht hatten, in und mit der Erde mischen, ohne es zu trinken. — Das Blut eines Getöteten sollte den Mörder jagen und verraten. So erklärt sich das **Barrecht**: der Glaube, daß die Wunden eines Ermordeten aufbrechen und zu fließen beginnen, wenn der Mörder an die Wahre trat.

Die größte Rolle spielte das Blut in der **Volksmedizin** aller Völker. Dem Mittelalter schien seine suchtbare Plage der **Ausatz**, nur durch Menschenblut heilbar. Wie bei manchen anderen Gelegenheiten wurde auch in diesem Falle die stärkste Wirkung dem Blut einer Jungfrau oder eines Kindes nachgesagt. Auffallend ist der immer wiederkehrende Glaube an die Heilung der **Epilepsie** durch das Blut gewalttätiger Getöteter. Im Jahre 1755, vor der Hinrichtung eines Mörders in Dresden, richteten zwei Schneidergesellen an den sächsischen Minister Brühl die Bitte, einem Mitgesellen zu erlauben, vom Blute des zu Tötenden zu trinken, um so von der Fallsucht befreit zu werden. Wie es heißt, soll der Minister die Erlaubnis erteilt haben! — Wie dem „Auszünderblute“ schrieb mittelalterlicher Aberglaube auch dem Strick der Gehetzten noch eine andere Eigenschaft als die Heilkraft zu. Bewachte ein Kaufmann oder ein Gastwirt etwas davon heimlich in seinem Hause auf, so wurden dadurch — wie vorher zur Hinrichtung — viele Menschen als Käufer und Gäste angelockt.

Zwei bisher unbekannte Zeichnungen des hingerichteten Holbein sind jetzt durch Zeichnungen in den Besitz des Britischen Museums in London gelangt. Das eine Bild ist ein schönes, mit dem Pinsel auf Pergament gezeichnetes Porträt eines jungen Mannes mit rot ausgemaltem Hintergründe und stammt

aus der frühen Vaseler Zeit des Künstlers um 1520. Das andere Bild zeigt drei Szenen aus dem Alten Testament in einer Renaissance-Umrahmung. Die beiden Zeichnungen haben früher dem Bibliothekar Thomas Kerrich von der Universität Cambridge gehört und waren seit seinem 1828 erfolgten Tode bis zu ihrer jüngst geschehenen Wiederentdeckung verschollen.

Moskau hat kein Geld für ein Marx-Denkmal. Im Moskau sind die Arbeiten für die Errichtung eines Denkmals für Karl Marx, die bereits im Gange waren, wieder eingestellt worden. Nach Mitteilungen der Sowjetpresse geschah das auf einen Beschluß des Moskauer Sowjets hin, der die Errichtung eines Denkmals, dessen Kosten auf 700.000 Goldrubel veranschlagt sind, wegen Mangel an Mitteln für unzeitgemäß hält.

Ein Scharlachserum. So groß und anerkanntswert auch die Fortschritte der modernen Bakteriologie unbestreitbar sind, so war es bis vor kurzem bedauerlicherweise doch noch nicht gelungen, die Erreger gerade der besonders verbreiteten ansteckenden Kinderkrankheiten — Scharlach und Masern zu finden; ebensowenig war es bisher möglich, wirksame Sera, wie wir sie bei der Diphtherie besitzen, gegen diese Krankheiten zu gewinnen. Vor einiger Zeit berichteten nun amerikanische Ärzte über Untersuchungen, die in dies Dunkel einiges Licht bringen dürften. Sie entnahmen einem Scharlachkranken etwas Blut, in dem sich — wie so häufig bei diesen Kranken — Bakterien fanden, die sich als **hämolytische Streptokokken** erwiesen; es sind das rundliche Bakterien, die Kettenformen bilden und rote Blutkörperchen auflösen vermögen. Diese Streptokokken ließ man sich auf geeigneten Nährböden vermehren und brachte etwas von der Bakterienkultur in den Magen einer Versuchsperson, die vorher niemals an Scharlach gelitten hatte.

Der Erfolg war durchschlagend; in kurzer Zeit trat Scharlach ein, mit Hautausschlag, Fieber, Halsentzündung und den sonstigen bekannten Begleiterscheinungen. Da sich die Krankheitserreger nicht immer im Blut, wohl aber stets in der Rachenschleimhaut der Scharlachkranken finden, so nimmt man als sicher an, daß nicht die Streptokokken selbst, wohl aber die von ihnen ins Blut abgeführten Gifte (Toxine) die Ursache des Hautausschlages bilden. Man kann übrigens die Toxine von den Bakterien trennen, und wenn man die erzielten dann einspricht, so rufen sie prompt Scharlach hervor. Nachdem diese Tatsachen festgestellt waren, gelang es, auch Sera herzustellen, die sowohl den Ausbruch von Scharlach verhüten wie auch heilende Wirkungen besitzen. Gegenwärtig werden diese Forschungsergebnisse nachgeprüft; bewahrheiten sie sich, so hat die Weltkunde wiederum einen großen Fortschritt erzielt.

Zehn Millionen Jahre Einkommen für einen Filmdarsteller. Der amerikanische Filmschauspieler John Barrymore hat einen Vertrag auf Lebenszeit unterzeichnet. „Lebenszeit“ bedeutet in diesem Falle, daß die Filmgesellschaft sich verpflichtet, so viele Jahre lang Filme mit Barrymore in der Hauptrolle anzufertigen, als der Schauspieler seine Filmstätigkeit ausüben geneigt ist. Der Vertrag wurde mit Joseph M. Schenk, dem Multimillionär-Filmmagnaten von Hollywood, abgeschlossen, der die „United Artists Corporation“ vertrat, eine Gesellschaft, deren Schauspieler auf einer Gewinnanteilsbasis engagiert werden. Selbst wenn Barrymore im Laufe eines Jahres nur in zwei Filmen mitwirkt, so wird sein Einkommen doch zehn Millionen Dollar betragen. Uebrigens ist Barrymore durch seine Ähnlichkeit mit dem englischen Dichter Lord Byron berühmt.